

Einzelnummer 10 Pfennig

bei Zeitungsständen und in allen Städten erhältlich

Lageszeitung der KPD / Sektion der Kommunistischen Internationale / Bezirk Ost Sachsen

Beilagen: Der rote Stern / Der kommunistische Genossenschaft / Wirtschaftliche Rundschau / Kunst und Wissen

Bezugspreis monatlich bei Hause 2 RM. (halbjährlich, 1 RM.), durch die Post bezogen monatlich 2 RM. (johne Aufstellungsgebühr) / Verlag: Dresdner Verlagsgesellschaft m. b. H. Dresden-Al. Geschäftsstelle u. Expedition: Güterbahnhofstr. 2 / Fernsprecher: 17250 / Postleitziffer: Dresden Nr. 18690. Dresdner Verlagsgesellschaft Schriftleitung: Dresden-Al. Güterbahnhofstr. 2 / Fernsprecher: Amt Dresden Nr. 17259 / Drahtanzeige: Arbeiterstimme Dresden / Sprechzettel der Redaktion: Wochentags 4—6 Uhr (außer Dienstag u. Donnerstag)

Anzeigenpreis: Die neuroman geplante Kompatellenarie oder deren Raum 0,30 RM., für Ausstellungen 0,20 RM. für die Anzeigeseite anschließend an den dreitaktigen Teil einer Zeitschrift 1,25 RM. Anzeigen-Ablnahme wochentags bis 9 Uhr vormittags in der Expedition Dresden-Al. Güterbahnhofstrasse 2 / Die "Arbeiterstimme" erscheint täglich außer an Sonn- und Feiertagen / In Fällen höherer Bezahlung besteht kein Anspruch auf Lieferung der Zeitung oder auf Zurückzahlung des Bezugspreises

3. Jahrgang

Sonnabend, den 4. Juni 1927

Nummer 129

Roter Aufmarsch in Berlin

Die Rolle der sozialdemokratischen Parteien

Mit großer Energie rüstet das Berliner Proletariat für den Rote Pfingsttreffen. Im ganzen Reich werden die letzten Vorbereitungen für den Roten Aufmarsch in Berlin getroffen. Die Arbeit jedes einzelnen wird bestrebt von dem Gedanken, daß kaum jemals die Lage für die Arbeiterschaft so bitter ernst war, daß es daher die obige Pflicht der proletarischen Klasse ist, ihre Macht zu demonstrieren, die Auflösung über die Gefährlichkeit der Situation in jede Arbeiterschule zu tragen und mit der Mobilisierung der Mittel zu beginnen, die den ersten Arbeitervater schützen und den Frieden durch unerschrockenen Kampf gegen die Bourgeoisie jedes Landes, bis zu ihrem Sturz, sichern sollen.

Die sozialdemokratischen Führer sind im Druck. Ihre erste Reaktion auf die englische Kriegsproklamation hat einhellige Empörung bei der Arbeiterschaft ausgelöst. Die Herrschäften wagen nicht mehr die plumpen Chamberlain-Sprache, sie verbergen es jetzt mit anderen Methoden. Sie lieben die Sowjetunion als den Schuldigen hinzustellen, und bezeichnen sie Chamberlain gleichsam als Opfer der Moskauer Intrigen, so ändern sie jetzt den Ton: es wird zwar zugegeben, daß der Sowjetunion „objektiv unrecht“ geschehen sei, die Kriegsgefahr dagegen, „von der die Kommunisten reden“, wird glatt gelegnet. Durch den englischen Bruch hätte sich überhaupt nichts in der weltpolitischen Lage geändert.

Es ist aber leichter, ein Mandat sich auszudenken, als es in der Praxis durchzuführen. Der konkrete Beweis dafür ist der Leitartikel des vorgebrachten Abends Vorwärts. Zum Anlaß wurde der Aufmarsch der Kommunistischen Internationale genommen, der den ganzen Ernst der Situation zeigt und zugleich die Mittel weist, die angewendet werden müssen, wenn ein neues Geheimnis verhindert werden soll. Der Vorwärts, der sonst über die Aufrufe der einzigen revolutionären Weltpartei des Proletariats zu spotten beliebt, sieht sich gezwungen, Stellung zu nehmen. Die Stellungnahme des Zentralorgans der SPD schlägt aber um in eine Anklage gegen sich selbst, die Vertreter, die die elementarsten Grundzüge des Marxismus verleugnen und durch plumpes Mandat ihre Einheitsfront mit den Imperialisten wegschwimmen wollen.

Der Vorwärts fängt an, es sei falsch, wenn die Dinge so dargestellt werden, „als ob ein Krieg unmittelbar bevorstehe, weil sich die Kapitalisten auf die Sowjetunion stürzen wollen“. Das ist „objektiv falsch, denn ein großer Teil der Kapitalisten zieht es vor, mit England Geschäfte zu machen, statt sich auf dieses zu stützen“.

Stampfer hat der Hilferding'schen Theorie von dem organisierten Kapitalismus, der sich im Frieden zum Sozialismus weiterentwickelt, einen neuen Werkstein hinzugefügt. Weil die Kapitalisten mit der Sowjetunion Geschäfte machen, werden sie den ersten Arbeitervater nicht überfallen.

Zunächst eine Frage: Machen die Kapitalisten untereinander nicht größere Geschäfte als mit der Sowjetunion? War der Handelsumlauf zwischen England und Deutschland vor dem Kriege nicht umfangreicher als jetzt zwischen Deutschland und der Sowjetunion, oder England und dem Arbeitervater? Trotzdem brach der Weltkrieg aus. Warum? Als Hilferding noch imstande war, den Kapitalismus zu analysieren, und besonders seine letzte Etappe, den Imperialismus darzustellen, schrieb er:

„Das Finanzkapital in seiner Vollendung bedeutet die höchste Stufe ökonomischer und politischer Machtvollkommenheit in der Hand der Kapitaloligarchie. Es vollendet die Diktatur der Kapitalmagnaten. Zugleich macht es die Diktatur der nationalen Kapitalbeherrschenden eines Landes immer unverträglicher mit den kapitalistischen Interessen des anderen Landes und die Herrschaft des Kapitals innerhalb des Landes immer unvereinbarer mit den Interessen in der durch das Finanzkapital ausgebeuteten, aber auch zum Kampf aufgerufenen Volksmassen. In dem gewaltigen Zusammenprall der feindlichen Interessen schlägt schließlich die Diktatur des Kapitalmagnaten um in die Diktatur des Proletariats.“

Hier sind wiewohl die Wurzeln der imperialistischen Gegenkraft aufgezeigt, die auch beweisen, daß ihre Auflösung allein durch die Diktatur des Proletariats erfolgen kann.

Was hat sich seit der Hilferding'schen Analyse geändert? Die imperialistischen Gegenkräfte sind geblieben. Die Diktatur in der Hand der Kapitaloligarchie besteht noch wie vor, und „immer unverträglicher“ wird diese Diktatur der einen Kapitalmagnaten mit den kapitalistischen Interessen der anderen. Eine Besonderheit ist freilich hinzugekommen: die Existenz eines Arbeitervaters, der die eigene Kapitalbeherrschung zerstört, den kapitalistischen Staat zerstümmert und die Herrschaft des Proletariats aufgerichtet hat. Worin besteht nun die Strategie der Imperialisten? Die Durchbruchsschelle in der

Massenbeteiligung aus dem ganzen Reiche Aufmarsch des Dresdner KGB / Heute der Deutschnationalen

Heute, morgen und am Montag marschiert in Berlin die Rote Front. In gewaltigem Aufmarsch zeigt das revolutionäre Proletariat seinen Willen zum Kampf gegen die Reaktion und die Kriegsgegner. Vor einigen Wochen marschierte in Berlin, umgeben von dem Tag und der Bezeichnung der Massen, eingetragen von einer Menge Polizeibeamten die Prätorianergarde des Kapitals, der Stahlhelm. Die Pfingsttage gehören wieder der Rote Front. Der rote Aufmarsch wird ein anderes Bild werden, in größeren Massen, wuchtiger von der Berliner werktäglichen Bevölkerung mit Begeisterung empfangen, marschiert die Rote Front. Die Berliner Arbeiter begrüßen die Rote Frontkämpfer als die Schutzeinheit der Arbeiter, als die einzige Schutzeinheit. Die arbeitenden Massen, die zu Hunderttausenden Quartiere zur Verfügung stellen, die in den Betrieben ihre Sympathie für die Rote Frontkämpfer zum Ausdruck bringen, wissen, daß nur diese die entschlossene Kampfbereite Truppe gegen die Kapitalisten sind. In Kiel, nach dem Parteitag der Sozialdemokraten demonstrierte das Reichsbanner gemeinsam mit dem Stahlhelm vor Hindenburg. Seiner Exzellenz ergeben Garde. Die schwarzo-goldene Truppe, die dem General a. D. ihre Devotion erweist, ist keine Truppe, die den Schutz der Arbeiter garantiert. Das haben die Arbeiter begriffen, deswegen begrüßen die Arbeiter begeistert, deswegen

Die Nationalisten, deren Verger über den verdeckten Stahlhelmaufmarsch noch nicht verschlagen ist, versuchen eine müste Rache gegen den roten Aufmarsch. Noch gestern abend läuft die Rachtage des Tages an einem wütigen Heiterfall los und kämpft auf die Demokratien, weil diese nicht in die Heile gegen den roten Aufmarsch einstehen. Der Tag verschlägt noch in letzter Stunde eine wütige Putscherei loszulassen. Er schreibt:

„Am Pfingstsonntag wollen die Kommunisten Berlin wieder mit einer großen Demonstration beglühen, zu der sie so umfangreich Vorbereitungen getroffen haben, daß man eigentlich mit einer noch größeren Zahl der Teilnehmer rechnen müßte, als die Kommunisten im vorigen Jahre mit ziemlich primitiven Mitteln nach Berlin brachten. Wenn man die Rote Fahne, die mit rücksichtloser Offenheit über die Vorbereitungen und über die Ziele dieser Demonstration spricht, liest, so gewinnt man den Eindruck, daß die Kommunisten den Aufmarschplan des Stahlhelms nachgeahmt haben und daß, da die Kommunisten für sich die größere Freiheit eines dreifach geteilten Demonstrationszuges durch Berlin in Anspruch nehmen, die Gefahr eines Zusammenstoßes nicht gering ist. Schon seit Tagen steht man in den Vororten

imperialistischen Front „aufzuheben!“ Die Imperialisten sehen jetzt als gemeinsame Aufgabe, zunächst die Sowjetunion zu schlagen, weil sie in ihr mit Recht nicht allein die härteste Organisation der Arbeiterschaft, sondern auch den Bedrohiger und Erwieder von Hunderten Millionen verfeindeter Kolonialvölker sehen.

Das ist die Grundlage der imperialistischen Einheitsfront gegen die Sowjetunion. Wer diese Grundlage leugnet, verwirft den Marxismus.

Einen besonderen Platz nimmt in der Unruhe des Vorwärts Deutschland ein. Stampfer gibt zunächst die Feststellung des Auftrags wieder, daß Stresemann sich ohne weiteres bereit erklären werde, Truppen und Munitionstransporte nach der Sowjetunion durch Deutschland passieren zu lassen, tut aber diese Behauptung mit einem Achselzucken ab: „Erstens ist der Krieg in weitem Felde, zweitens würde sich die ungeheure Mehrheit des deutschen Volkes aus den verschiedensten Gründen gegen jede Verleihung der Neutralität ausschließen“. Das behauptet der Vorwärts zur Leid, wo alle Parteien der Bourgeoisie bereits über den Preis für die Aufgabe der Neutralität fürstig sind: „sonst“! Gegen Deutschlands Beteiligung an der Antisowjetfront wird nur die Arbeiterschaft auftreten. Mit Erfolg wird sie es aber nur tun können, wenn sie vor der Einbeziehung Deutschlands in den Krieg mit der Organisierung der Gegenaktion beginnt, jeder bürgerlichen Regierung den härtesten Kampf ankündigt, und alle Kräfte für den Sturz des kapitalistischen Regimes und für die Errichtung einer Arbeiter- und Bauernregierung einsetzt.

Eine andere Sicherung gibt es nicht, und wer sie vorstellt, bereitet einen neuen 4. August vor.

Besonders wundert den Vorwärts der Teil des Auftrages der Kommunistischen Internationale, der die Haltung der 2. Internationale und der deutschen Sozialdemokratie vorausstellt. Das veranlaßt Stampfer zu dem Vorwurf, daß trotzdem Rückland durch die Blockade Chambordas und der Diehards bedroht ist, der Auftrag der Kommunisten gegen diejenigen richtet, die in Europa die Politik der englischen Regierung bekämpfen — gegen die Sozialdemokraten und gegen die sozialistische Arbeitersinternationale.“

Berlins kleine kommunistische Demonstrationen, zu denen größere Polizeiaufgebote abkommandiert werden müssen. Die Beunruhigung der Öffentlichkeit durch die kommunistischen Demonstrationen ist schon recht groß. Die Polizei wird sehr stark in Anpruch genommen. Dazu kommt, daß die Kommunisten ihre Demonstration mit einer politischen Propaganda verbinden, die sogar die Reichsregierung zu einer offiziellen Abwehr veranlaßt hat. Ein Aufmarsch der kommunistischen Zentrale in Ostau behauptet rundheraus, daß die deutsche Regierung demnächst unter Führung aller Vereinbarungen an der Seite Englands den Krieg gegen Rußland beginnen werde. Das ist der ärgste Angriff auf die offizielle deutsche Neutralität in einem Augenblick, wo der Außenminister der Sowjetregierung in Berlin erwartet wird. Die kommunistische Pfingstdemonstration ist also wirklich nicht ganz leicht zu nehmen.

Was tut unsere demokratische Presse, um der politischen Wertung dieser Demonstration gerecht zu werden? Sie schweigt. Bei der Stahlhelm-Kundgebung hat die demokratische Presse, obwohl von vornherein sicher war, daß der Stahlhelm sich im Rahmen der Verfassung halten werde, wochenlang vorher geschwiegen und gelobt. Sie hat die Polizei bedauert, die den Stahlhelm „schützen“ müsse. Die kommunistische Demonstration scheint, obwohl sie von der Regierung proklamierte Neutralität in den großen politischen Fragen ernsthaft berührt, der demokratischen Presse so viel Freude zu bereiten, daß sie zum mindesten gebuhlt wird.“

Diese Freude, die den Verger über den läufigen Zusammenbruch des Stahlhelmaufmarsches nur schlecht verhüllt, wird wegen der Sympathie der Berliner Proletarier eindämmen, noch den Aufmarsch hemmen. In einem wird der Tag recht haben, diesmal wird der Aufmarsch noch gewaltiger werden. Aus einem Teil des Reiches ist die dreifache Anzahl der Teilnehmer gemeldet.

Gestern abend zogen die Dresdner Frontkämpfer zum Bahnhof. Umgekehrt 1000 Teilnehmer marschierten am Krebsberger Platz auf. Aus den anderen Teilen des Bezirks ist ebenfalls eine starke Beteiligung gemeldet.

Dieser gewaltige Aufmarsch, das ist die Antwort der proletarischen Massen auf den Stahlhelmaufmarsch, auf die frische Kriegsproklamation Englands.

Die Rote Front steht auf der Wacht, der rote Aufmarsch marschiert. Berlin bleibt rot, das war der Ruf gegen die Stahlhelmer. Das rote Pfingsten wird das beweisen.

Keinem Arbeiter ist die Rolle der 2. Internationale und der deutschen Sozialdemokratie bekannt. Eine andere Mollmusik wirkt an Hand der Worte und der Taten dieser Partei Tag um Tag feststellen. Der Vorwärts hat selbst die Kriegsgegner der Diehards überboten. Kein Wort fand man bei ihm für die Sowjetunion; dagegen ganze Artikel gegen den ersten Arbeitervaterstaat, für Chamberlain. In der „linken“ Presse der Sozialdemokratie wurde zwar anders geschrieben, aber das gleiche Ziel verfolgt. Darum kommt der Auftrag der Executive nicht allein die Gefährlichkeit des offenen und brutalen Klassengenesis, der Imperialisten, sondern auch die Helfersdienste, die ihm von der 2. Internationale und der deutschen Sozialdemokratie geleistet werden.

Das internationale Kapital hat historische Erfahrungen, die durch keine Männer und eine Partei ausgelöscht werden können. Wird heute selbst ein sozialdemokratischer Führer zu leugnen wagen, daß der Weltkrieg um kapitalistische Interessen geführt worden ist? Keiner von diesen Helden kennt diese Freiheit. Wo gab es aber in den Jahren 1914/18 eine 2. Internationale? Wo standen damals die Scheidemann, Bauerboehme und die anderen? Wie Sicherheit kann vorausgesagt werden, daß die 2. Internationale bei dem Kreuzzug gegen die Sowjetunion in der gleichen Front stehen wird. Mit Recht wies Lenin darauf hin, daß zur Funktion des Imperialismus nicht allein die Vorbereitung und Erzeugung von Kriegen gehörte, sondern auch die Herausbildung von „bürgerlichen Arbeiterparteien“, die im Sinne des Imperialismus handeln: „Die Bourgeoisie hat bereits die bürgerlichen Arbeiterparteien mit sozialdemokratischem Charakter in allen Ländern erzeugt, geziichtet und sich gesichert.“

In dieser Beziehung hat sich nichts grundlegend geändert, auch wenn in Deutschland die materiellen Voraussetzungen für den Fortbestand einer „bürgerlichen Arbeiterpartei“ durch die Niederlage des deutschen Imperialismus im Weltkrieg geschwächt wurden. Aber wie in Japan und dem zaristischen Rückland das Monopol des modernen Finanzkapitals vor dem Kriege zum Teil erzielt wurde „durch das Monopol der militärischen Kraft des gewaltigen Territoriums oder der besonderen Gewinnlichkeit, die fremden Völker, China usw., auszunutzen“ (Lenin), so sind in Deutschland die schienden Voraussetzungen für den Bestand der bürgerlichen Arbeiterpartei

gum Teile erscheint durch den ungeheuren Apparat der Sozialdemokratie, durch die Erdrückung jeder Meinungsfreiheit und jedes Widerstands innerhalb dieser Partei. Nur zum Teil, sagen wir, denn gerade die Opposition innerhalb der Sozialdemokratie ist ein Beweis dafür.

Die klassenbewußten Arbeiter geben sich keinen Illusionen über die Rolle der sozialdemokratischen Partei hin. Auch die Ausgabe, die die „Linke“ innerhalb der Sozialdemokratie zu erfüllen haben, ist klar. Lenin wiederholte während des Krieges oft, daß die Gefahr des „Kaisertums“ gerade darin besteht, daß es „die Ideologie der Vergangenheit bewußt, sich bemüht, das Proletariat mit der bürgerlichen Arbeiterpartei auszulösen, die Einheit mit ihr zu verfehlten und dadurch ihre Autorität zu heben.“

Die Fronten sind klar. Auf der einen Seite die Imperialisten mit der 2. Internationale und der teils direkten, teils indirekten Unterstützung durch die Linken, auf der anderen die großen Massen der Arbeiter und der unterdrückten Völker, die unter Führung der Kommunistischen Partien und der Kommunistischen Internationale zum Kampf gegen den Klassenfeind aufrufen.

Umsonst die Anstrengungen des Vorwärts. Die Arbeiterschaft läßt sich durch dumme positivistische Illusionen nicht verwirren. Nur die Sowjetunion kann Friedenspolitik treiben, weil die einzigen Anhänger des Friedens nur die Arbeiter sind. Jeder kapitalistische Ordnung will den Krieg. Dieser imperialistische Krieg kann nur durch den Krieg gegen die eigene Bourgeoisie verhindert werden. Geben jetzt die Imperialisten die Parole des Kreuzzuges gegen die Sowjetunion heraus, dann proklamieren die Kommunisten den unerhörten und unermüdlichen Kampf gegen die eigene Bourgeoisie, die soziale Revolution.

Das Rote Pfingsttreffen wird im Zeichen dieser Aufführung, im Zeichen dieser Massenmobilisierung der Arbeiter stehen.

Die Regierungskrise

Aus den Betrachtungen, die die Presse der Regierungsparteien zu dem Scheitern der Verhandlungen über die Umbildung der Regierung anstellt, ist das eine gemeinsam zu entnehmen: die Brüder fürchten die Abrechnung der Betrogenen, Landtagsneuwahlen möchte man unter allen Umständen vermeiden. Die Frage ist nur die, wie und auf welche Weise soll ein neues Kabinett zustande gebracht werden, das im Landtag eine Mehrheit findet.

Die demokratische Neue Leipziger Zeitung, die schon vor einigen Tagen den Sozialdemokraten offen die Große Koalition angeboten hat, wiederholt ihren Vorschlag und schreibt:

„Der Rücktritt des Minister schafft eine neue Sachlage und — was wichtig ist — eine um vieles bessere Grundlage für die Bildung eines neuen Kabinetts. Jetzt scheint uns der Augenblick gekommen, da die Demokraten ihre Anfrage an die SPD vom Januar wiederholen sollen, nämlich, ob die Sozialdemokraten sich nunmehr zu einer Koalition bereit ständen. Und die Sozialdemokraten hinzuweisen sollten sich diesmal ihre Antwort reißsicher überlegen als zu Beginn des Jahres.“

Auf diese Aussforderung antwortet gestern abend die Dresdner Volkszeitung, in dem sie auf ihre vor wenigen Tagen offizierte Koalitionsangebot verzweigt und daran die Bemerkung knüpft, daß es die Neue Leipziger Zeitung noch nicht für notwendig befunden habe, einmal zu sagen, welche Zugeständnisse man im Falle der Bildung der Großen Koalition an die Sozialdemokraten zu machen gedenkt.

Der Staat ist über das Scheitern der Verhandlungen sichtlich betrübt und meint, daß die Dinge, die noch zu erledigen gewesen seien, gar nicht so schwierig ausgesehen hätten. Die Deutschnationalen halten Gelegenheit gehabt, ihre politischen Gegner darüber zu belehren, wie man staatliche Lebensnotwendigkeiten höher achtet als die Regelungen eines „parteilos-typischen Egoismus“, mit anderen Worten, sie hätten mit ihren Forderungen nicht gar so unbedeckt sein sollen, — dann wären auch die NSPS-Leute bereit gewesen, die Wechselseitigkeiten voll einzulösen. Herr Heldt und auch Eisner würden nicht zurücktreten und der Ministerpräsident könnte, falls sich die Parteien nicht einigen, die Ministerien neu besetzen und es dann daraus ankommen lassen, ob seine Regierung vom Landtag gestützt wird. Der gleiche Vorschlag findet sich auch in den übrigen Blättern der Regierungsparteien. Die Dresdner Neuesten Nachrichten bezeichnen diesen Vorschlag als „Heldts Staatspolitische Chance“ und bringen zugleich für das neu zu bildende Kabinett den früheren Finanzminister Dr. Reinhold, den den Demokraten nahesteht, in Vorschlag. Selbstverständlich müßte man, wenn das zukünftige Kabinett irgendwie Ausicht auf Dauer und Stabilität haben sollte, eine den Deutschnationalen nahestehende und angenehme Persönlichkeit berufen.

Es ist wohl kaum daran zu zweifeln, daß die Parteien des Bürgerblocks bei den Verhandlungen in den nächsten Tagen versuchen werden, mit einer solchen, wenn auch nur vorübergehenden Lösung einen Ausweg aus der Krise zu finden.

Das Gothaer Gewerkschaftskartell fordert den Kampf gegen den drohenden Krieg

Der Ortsausschuß des ADGB in Gotha nahm in seiner Sitzung vom Dienstag, dem 31. Mai, zu der drohenden Kriegsgefahr Stellung und beschloß nach einem Referat über die gegenwärtige zugepeitschte Lage einstimmig eine Resolution, die den schärfsten Kampf gegen die Kriegstreiber fordert. Die Resolution hat in ihren wesentlichen Abschnitten folgenden Wortlaut:

Entschließung

„Durch den von longer Hand vorbereiteten Abbruch der englisch-russischen Beziehungen durch die konservative englische Regierung ist eine internationale Situation geschaffen, die die Gefahr eines neuen Weltkrieges in größere Nähe rückt, als es jemals seit 1914 der Fall gewesen ist. England sieht seine imperialistischen Interessen im fernen Osten durch das Erwachen der unterdrückten Völker ernstlich bedroht. Der Verband der Sowjetunion als einziger Arbeitervaterstaat der Welt ist den englischen Ausbeutern äußerst unbehaglich, weil die vom englischen Kapital unterdrückten Völker in ihr ein leuchtendes Beispiel und Vorbild seien... .“

In allen kapitalistischen Ländern wird zu gleicher Zeit die Offensive gegen die Lebensinteressen der Arbeiterschaft verschärft. In England hat die konservative Regierung ein Antigewerkschaftsgesetz durchgeführt, welches praktisch das Streikrecht aufhebt. In Deutschland sollen zu dem reaktionären Arbeitzeitsetz noch eine ganze Reihe anderer, gegen die Interessen der Arbeiter gerichteter Gesetze in kurzer Frist vom Reichstag durchgepeitscht und angenommen werden. In den übrigen kapitalistischen Ländern werden gleichfalls immer erneute und schärfere Angriffe auf die Arbeiterschaft verübt.

Ein neuer imperialistischer Krieg wird eine verzweifte Unterdrückung der Arbeiterschaft, eine neue Welle der Verfolgungen und Knebelungen mit sich bringen, die jeden Kampf für Verbesserung der Lebenslage unzüglich macht. Wieder sollen Millionen von Proletariern für fa-

Der Bendelparteitag

R.R. Wir haben Ihnen ganz kurz auf einen Artikel des Vorsitzenden der sozialdemokratischen Landtagsfraktion und des leitenden Redakteurs der „Chemnitzer Volksstimme“, Böhnel, hingewiesen. In einem zweiten Artikel nimmt nun Böhnel eingehend zu dem Ergebnis des Kieler Parteitags Stellung. Er überschreibt seinen Artikel: Der Parteitag ohne Entscheidung. In dem zweiten dieser Aussäße hatte er versprochen, zu zeigen, wie man zur Macht gelangen könne. Davon findet man aber auch in diesem zweiten Artikel nichts. Dafür steht Böhnel noch eine heftigere Kritik an dem Parteitag selbst. Aber seine Kritik bleibt negativ, geht nicht zu Folgerungen über. Das ist verständlich. Würde Böhnel Schlussfolgerungen ziehen, dann müßte er den Boden der SPD verlassen, dann müßte er anerkennen, daß die SPD keine Arbeiterpartei ist. Dann müßte er die Politik und Taktik der KPD anerkennen. Doch davon ist Böhnel weit entfernt. Zwar fühlt auch dieser „Linke“ das heranrückende schärfere Auseinandersetzung, doch findet er nur Gefahr an und weist, nicht falsch, auf die schärfere faschistische Linie des Bürgertums hin.

Zu dem Parteitag erklärt er:

Der Parteitag ist aus dem Pendeln zwischen vorzüglicher Kritik und Bereitschaft zur Koalition, zwischen Kampf und Kompromiß nicht herausgekommen, und wie haben nur die etwas platonische Erklärung, daß die Opposition im Reichstag forscher geführt werden müsse. Diese Zwitterstellung ist um so bedauerlicher, als die Entwicklung rasch vorwärtsstürmt und die große Auseinandersetzung näher ist als mancher glaubt.“

Auf die sich zusammenstprechende Bewegung des Bürgertums verwiesend, zitiert Böhnel den ehemaligen Minister von Schweden, den Sozialdemokraten Möller, welcher auf dem Parteitag erklärt habe, daß die Eroberung der letzten Mandate am schwersten sei. Die Gruppen des Bürgertums erachten die Sozialdemokraten für bundisfähig, solange die SPD auf die Durchsetzung der eigenen Forderungen verzichte. Dieses Vertrags bedeutet aber nichts anderes, als das Einverständnis, daß die SPD Verrat an der Arbeiterschaft verübt hat. Gleichzeitig wendet sich Böhnel gegen den Vorwärts, der den „Konsult“ im Zentrum überzieht, das Judentum sei nicht für die Koalition zu gewinnen. Gerade die Auseinandersetzung zeigt, daß das Judentum eng an die schwarzeste Koalition heransteht. Dieses Judentum werde immer als Vertreter bürgerlicher Interessen handeln. Auch die Zeitschrift durch einen Sozialdemokraten ist deswegen wichtig, weil, wie wir schon schrieben, der Vorwärts, das Zentralorgan der Sozialistischen Partei, sich bemüht, daß demagogische Manöver der Zentrumsleute gegen die Arbeiter zu unterstützen.

Beachtenswert ist, was Böhnel jetzt zu der Republik sagt, von der auf dem Kieler Parteitag die Sozialdemokraten behaupten, sie sei ihr Staat, den sie mitgestalten und von dem sie sich nicht vorängen lassen. Hilferding hat gesagt: So sei also der Staatsbürgers in der Demokratie der bestimmende Faktor und der Einfluß des Staates auf die Wirtschaft steige. Böhnel schreibt dazu:

„Man kann auch umgekehrt einen Schuh daraus machen und sagen, daß die kapitalistische Republik die reinste Herrschaftsform des zur Macht gelangenen Kapitalismus ist und daß der Einfluß der kapitalistischen Wirtschaftskräfte auf den Staat überall im Steigen begriffen sei.“

Hier macht Böhnel gleich wieder einer Kopplung, um ins leichte Wasser zu laufen. Man kann nicht sondern muss. Sobald man die Frage so stellt, weiß man auch hier wiederum Konsequenzen aus. Man vermeidet die Rolle des Staates. Aber Böhnel will sich nicht bis zur letzten Konsequenz von Hilferding trennen. Hilferding stellt die Dinge auf den Kopf, er stellt die Frage rein reformistisch. Der Staat als ein überparteiliches Organ, das man mit dem Stimmzettel erobert und durch das man dann die Wirtschaft beeinflusst. Das ist die bewußte Verdröhung der Rolle des Staates als das Unterdrückungs- und Herrschaftsorgan der beständigen Klasse. Das ist die Auslöschung der ausgebeuteten Proletarier mit der kapitalistischen Republik. Böhnel will die Frage umgedreht stellen. Wenn man aber feststellen muß, nicht nur umgedrehte Schuhe daraus macht, daß mit der Festigung der kapitalistischen Wirtschaft auch der Staatsapparat der Kapitalisten gefestigt würde, dann ergibt sich daraus, was für jeden Marxisten eine Selbstverständlichkeit ist. Wirtschaft und Politik sind zwei sich gegenseitig bedingende Faktoren. Man muß sowohl die kapitalistische Wirtschaft wie ihren Machtparat bejubeln, die Diktatur der Proletarier aufrichten, um die Wirtschaft den Massen der Werktätigen dientbar zu machen.

Sozialistische Interessen dahingeschlagen, die Familien ihrer Väter, die Frauen ihrer Männer verlaufen werden.

Der Ortsausschuß Gotha des ADGB sieht es darum als eine dringende Pflicht der gewerkschaftlichen Organisationen und besonders des ADGB-Hauptvorstandes an, alles einzusehen, um einen neuen imperialistischen Krieg mit allen Mitteln zu verhindern. Den preußischen Kapitalisten und Kriegsverbrechern muß entgegengestellt werden die geschlossene, einzige Front aller Weltländer. Der gesamte Apparat der Gewerkschaften muß eingesetzt werden, um den Anschlag der Imperialisten der ganzen Welt gegen die Sowjetunion abzuwehren.

Die beste Möglichkeit zur Verhinderung eines neuen imperialistischen Krieges sieht der Ortsausschuß Gotha des ADGB in der Herstellung einer wahren, geschlossenen und auf den entschiedenen Klassenkampf gegen das internationale Kapital eingestellten internationalen Gewerkschaftseinheit.

Der Ortsausschuß Gotha des ADGB fordert die Mitglieder aller ihm angeschlossenen Organisationen auf, in allen Betrieben und die Front des klassenbewußten Proletariats aufzurichten und eine breite Massenmobilisierung gegen einen neuen imperialistischen Krieg zu entfalten.

Nieder mit den imperialistischen Kriegsverbrechern!
Hände weg von Sowjetrußland!
Es lebe die geschlossene Front des Proletariats!
Es lebe die internationale Gewerkschaftseinheit!“

Die Arcosangestellten verlassen London

London, 3. Juni. (Eigene Drahtmeldung)
Heute früh ist der Sowjetgeschäftsträger Rosengolz und der Leiter der Arcos mit 75 Sowjetbeamten von London abgereist. Die Polizei hatte Absperren vornehmen lassen. Mehrere hundert Arbeiter demonstrierten für die Sowjetvertreter.

Amerikanische Kredite für Aufstand

Berlin, 3. Juni. (Eigene Drahtmeldung)
Der Lokalanzeiger meldet, daß das wohlunterrichtete Journal „Das Omm“ in Reutlingen berichtet, daß amerikanische Bankiers erwägen, die Kredite Russlands auszudehnen. Das steht in direktem Zusammenhang mit dem Abbruch der englisch-russischen Beziehungen. Russland ist auf diese Weise der Geschäfte mit Amerika gewiß.

Aber wieder macht Böhnel vor dieser Konsequenz halt. Statt dessen beschwört er Erinnerungen, die aber in diesem Zusammenhang wenigstens sind, weil sie den Bankrott der SPD-Politik unterstreichen. Als 1918/19 die herrschende Klasse am Rande des Abgrundes gesaumelt, habe sie es als Konzession hingenommen, mit Sozialdemokraten in einem Kabinett zu sitzen. Jetzt seien die Sozialdemokraten überall ausgeschaltet. Die 1918 geschaffenen Republiken seien brutaler als die halbfeudalistischen Staaten von früher. Das alles ist nach Böhnel das Ergebnis der sozialdemokratischen Koalitionspolitik. Jetzt, so sagt er, erhebe sich die Frage, ob der Weg, den die deutsche Partei durch die Koalition ging, der richtige gewesen sei? Böhnel beruft sich dann auf Löcke und erklärt:

„Die Machterteilung also ist es, die uns nach einem mühseligen Weg voll schwerster Opfer zum Schluß auf die Straße geführt hat. Die Genossen, deren Politik immer auf das Vorsimmer des Kabinetts eingestellt ist, weil sie in einigen Ministern schon eine gewaltige Macht sehen, kommen uns vor wie ein waffenloser Haufen, der eine stark befestigte Stellung stürmen will, um sich dort erst die Waffen zu holen. Denn die Waffen, mit denen man dem Gegner seinen Willen aufzwingt, liegen sie, seien Polizei, Armeen und Staatsapparat. Diese Dinge aber können man von der Oppositionsstellung aus nicht holen.“

Wenn das wahr wäre, dann müßte es heute in Deutschland, das fast nur von Koalitionsregierungen regiert wurde, anders aussehen.

Das ist das längsteste Eingeständnis zum Bankrott der Koalitionspolitik. Aber was schlägt Böhnel vor? Der Kieler Parteitag hat die Fortsetzung der Bankrottspolitik beschlossen. Trotzdem, kein Satz in dem nicht die ganze Halbhheit der „linken“ Reformisten steht. Wenn man die Revolution will, dann möglicherweise auch damit rechnen, daß waffenlose Haufen sich bewaffnen. Die Beispiele der Geschichte aller Revolutionen fehlt Böhnelcheinbar nicht, aber er will sie nicht kennen.

Aber was empfiehlt nun Böhnel? Er sagt, daß die SPD die Opposition so rücksichtslos durchführen sollte, wie das die Deutschnationalen getan. Und dann — empfiehlt er, mit den Wahlen von 1928 zu rechnen.

Das aber auch ist wieder das Gute an den Dingen: eine Partei ist auch nur Werkzeug der Entwicklung und muß den politischen Verhältnissen anpassen. Die Analyse Hilferdings zeigt uns, daß der Gegner wie ein geschlossener Block uns gegenübersteht. Die Attempause der Oppositionsstellung, die wir jetzt haben, reicht mindestens bis zu den Neuwahlen im Jahre 1928. Der Parteitag hat keinen einstimmigen Willen fundation, für die schicksalsträchtigen Reichstagswahlen die ganzen Kräfte der Massen einzusetzen, um die Mehrheitsverhältnisse im Reichstag grundlegend zu ändern.

Dann werden wir sehen, wie die Angst vor dieser schrecklichen in den Reichstag einziehenden Sozialdemokratie wirken wird, dann ist die Entscheidung da über die Frage, ob wir weiter auf dem Boden der Demokratie marodieren werden oder ob die Bourgeoisie sich zum Faschismus stürzt, dann werden wir erkennen, daß unsere Kräfte einzige und allein im Felde liegen und dann werden wir auch die Wahrheit des prophetischen Wortes von Karl Marx ganz erfassen: „Die Befreiung der Arbeiterschaft kann nur das Werk der Arbeiterschaft selbst sein!“

Was heißt das, glaubt Böhnel nicht mehr an die SPD, wenn er davon spricht, daß die Partei nur ein Werkzeug der Entwicklung sei? Dann aber, was soll es heißen, wenn er erklärt, daß man schwärzen müsse, ob man 1928 ein anderes Mehrheitsverhältnis im Reichstag bekomme, ob dann das Bürgertum sich in den Faschismus stürzt? Das Bürgertum stürzt nicht in den Faschismus, sondern die Großkapitalisten schaffen den Faschismus, um die Arbeiter blutig niederschlagen. Man kann also nicht auf den Ausgang einer Wahl warten, um dann zu leben, ob das Bürgertum mit der sozialistischen Diktatur antwortet, sondern man muß ruhen, um den Faschismus zu besiegen. Wenn Böhnel schreibt, daß der Parteitag wie ein Pendel hin und her geschwungen, so gilt das wohl noch mehr von Böhnel selbst. Der „linke“ Konsult steht vielleicht am Ausgang seines Parteitages, ausweglos steht er dem stärkeren Auftreten des Faschismus entgegen, beim Parteitag den Faschismus unterstützen. Konsequenzen mag er nicht zu ziehen. Dennoch aber müssen die Arbeiter aus dem Artikel Böhnels lernen, sie müssen die negative Politik sehen und ihrerseits oder die Konsequenzen ziehen, die eine bankrotte Führergruppe nicht zu ziehen mag. Schluss mit der bankroten Partei der SPD, gemeinsamer Kampf mit den kommunistischen Arbeitern unter den roten Fahnen, Organisierung in der Rotfront gegen den Faschismus, aktive Klassenkampfpolitik in den Gewerkschaften, das sind die Schlussfolgerungen, die die Arbeiter ziehen müssen.

England tritt dem Stahlkartell bei

Die BZ meldet: Wie der Londoner Korrespondent des Mainz melden weiß, ist auf der Kölner Konferenz der deutschen und englischen Schwerindustrie am 11. Juni mit einem Beitritt Englands zum internationalen Stahlkartell zu rechnen. Die letzten Schwierigkeiten liegen angeblich noch in der Reaktion der englischen Beteiligungsschwäche, doch seien sie nicht überwindlich. Gegenüber den Forderungen Englands auf Beteiligung von 10 Millionen Tonnen glaubt man ein Kompromiß von 5,9 Millionen Tonnen abschließen zu können.

Protest gegen den Terror

In Bulgarien findet zur Zeit ein Prozeß gegen die revolutionäre Jugend statt. Die Jugendlichen wurden stark misshandelt, einige sind von den Soldaten wahnsinnig geworden. Der Sozialistebund beschwerte sich gestern mit dem brutalen Terror der bulgarischen Regierungshandlungen und schickte folgendes Telegramm an den Ministerpräsidenten:

Ministerpräsident Gaschka, Sofia.
Bundesamt des Studentenbundes protestiert gegen Terrormaßnahmen, fordert Amnestie und Einstellung der Prozesse.
Vorstand, Zweig.
Sowjetstudenten, Bosnien.
Studenten Akademie, Michel.
Griechische Studenten, Berberis.
Frauenliga für Frieden und Freiheit, Frau Freund.
Figa für Menschenrechte, Dr. Grohmann.

Der Schnellzug Paris-Nizza entgleist

Paris, 3. Juni. Der Schnellzug Paris-Nizza ist heute Nachmittag gegen 2 Uhr zwischen den Stationen Besançon und Muolins entgleist. Alle Wagen, mit Ausnahme von 4 sind umgestürzt. Bis jetzt wurden 9 Tote festgestellt. Zahlreiche Reisende sind verwundet.

Großer Fabrikbrand in Berlin

In der chemisch-technischen Fabrik von Cölemann, Berlin, brach gestern ein großes Schadensfeuer aus. Die Umlage des Brandes ist in der Explosionswelle erwärmter Gesselsche zu suchen. 12.000 Kilometer Kilometern wurden vernichtet. Das Gebäude wurde völlig eingeebnet.

Auslandswochenschau

Um die einheitliche Antikominternfront — England und Ägypten — China.

Am 27. Mai hat das englische Außenamt dem Genossen Kengolz formell die Note überbracht, in der der Abbuch der handelspolitischen und diplomatischen Beziehungen auf Grund nachgewiesener militärischer Spionage veründet wird. Ein Großteil der bürgerlichen Presse — der Börsenwerts bildet natürlich auch hier eine Ausnahme — untersagt es nicht, sich über diese Begründung lustig zu machen; erstens sei militärische Spionage eine durch die Errichtung der offiziellen Militärattachés sogar vollerrechtlich legalisierte Gewohnheit aller Regierungen gegeneinander, zweitens seien offenbar bei der Londoner Durchsuchung keine Dokumente gefunden worden, sonst wären sie veröffentlicht — und drittens könne die englische Regierung, wenn sie überhaupt über Dokumente verfüge, diese nur auf dem Wege der Spionage erhalten haben. Diese tatsächliche Feststellung hindert die betreffenden Blätter übrigens nicht, Englands Vorgehen zu verstehen — das Berliner Tageblatt bringt Artikel über den europäisch-chinesischen Gegensatz in China uvm.

Die englische Bourgeoisie hat jedenfalls — der großen Wahlzwecken dienenden, Tito und Georges ungeachtet — sehr wohl begriffen, was was es geht. Die Phrasen von einer Fortführung der Handelsbeziehungen auch nach dem Abbuch sind verlogen — man hat sogar eine Verlängerung der Aufenthaltsbewilligung für die zur Abwicklung der laufenden Geschäfte nötigen Arcos-Angestellten abgelehnt. Nicht alle sind so plump wie der Industrieminister Birkenhead, der im Oberhaus lebensruhig erklärt, er bedauere nur, daß noch keine Kriegserklärung erfolgt sei — aber das englische Kabinett war sich einig, als es für den Sommer eine große Flottendemonstration an der russischen Ostküste mit demonstrativem Besuch der verschiedenen bulgarischen Häfen beschloß.

Einen Krieg aber muß man organisieren. Das ist nicht ganz einfach: die englischen Mitglieder des anglo-russischen Gewerkschaftskomitees und die linksstehenden Abgeordneten der Labour Party verantworte dem russischen Vertreter eine große Abschlagsfeier. Die Macdonalds um waren natürlich nicht dabei und von denen, die dort mit dem russischen Genossen auftraten, wird auch so mancher noch darauf kommen, daß es leichter ist, ohne Thronreden zu halten, als ernstlich gegen den imperialistischen Krieg zu kämpfen. Aber trotzdem verzahnt die englische Bourgeoisie bis zu den Macdonaldleuten sehr genau, daß die Ghidighiescher nur der Ausdruck von Dingen war, die in den Zielen der englischen Arbeiterschaft vorgesehen — und sie schimpften in hohem Eintracht über den „Pandevertrag“.

Englands kleine Hunde folgen natürlich glatt den ausgegebenen Parolen. In Kiel wurde schon Beifall der russischen Handelsvertretung — „zur Defung alter Schulden“ — beschworener; in Kowno beruft man sich, russische Spione zu erschießen. Prompt wurde auch mit Zustimmung der kleinen Entente die Militärkonföderation über Bulgarien aufgestanden. Aber schon hat die Rechnung ein Loch: der gewaltige Sieg unserer in tiefe Allegalität gedrängten Genossen bei den Warschauer Stadtverordnetenwahlen wird der Bulgarisch-Elique zu denken geben — und auch die bulgarischen Wahlen haben ziemlich weißen Terror bewiesen, daß die verbündeten Arbeiter und Bauern eine sehr erstaunliche Macht im Lande sind.

Wichtiger aber sind für Englands Einfriedungspolitik die europäischen Großmächte. Am härtesten wird die deutsche Ruh werden — wenn es auch klar ist, daß sie früher oder später getroffen werden wird. Die deutsch-nationalen Freie protestierten lebhaft gegen die Uebernahme der Vertretung der russischen Interessen in London durch die deutsche Regierung — und auch die linksbürgertliche Presse vertheidigt diesen Entschluß der deutschen Regierung eigentlich nur mit dem Hinweise darauf, daß er einer unausweichlichen Pflicht der diplomatischen Höflichkeit entsprungen sei. Während aber die Linsprecher die Erhaltung der absoluten Neutralität Deutschlands über alles stellte (natürlich nur, um gegebenenfalls diese Neutralität um so teurer verkaufen zu können) gehen die Deutschen offen vor: Weit davon, daß Deutschland neutral bleiben müsse solange der Verfaßter Vertrag und insbesondere seine Entwicklungsbemerkungen in Kraft bleibent. Die Halesche Zeitung überlegt ganz offen auf Englands Seite zu treten, wenn es läuft. Man mag uns in London sagen, was man uns gibt. Natürlich soll man uns nicht mit dem Butterbrot der Rheinlandraumung kommen! Hier wird die Ware, die am 8. Mai in Berlin gezeigt wurde, bereits einer offenen Versteigerung unterzogen. Es muß sich noch zeigen, mit welcher der beiden Methoden die deutsche Bourgeoisie den höchsten Preis für ihre Ware zu erzielen hoffen kann.

In Frankreich hat Englands Einfriedungspolitik einen führenden Klaps erhalten. Bei einer Interpellationsbeantwortung in der Kammer grenzte sich Brial gegen den Innensenminister Sarraut, der ziemlich offen zum sofortigen Bruch mit Rußland aufgefordert hatte, im merkbar Weise ab — es scheint auch da noch einige Differenzen über die einzuschlagende Methode zu bestehen. Man darf aber nicht vergessen, daß der Großteil der französischen Presse — auch der halboffizielle Main — die gleich zu erwähnende Dekade des amerikanischen Patriarchats begeistert begrüßte. Weit ernster darum, als die offenbar noch vorhandenen Unstimmigkeiten in der Regierung ist die Antwort, die die Kriegsgeheze schon jetzt von den Massen erhalten: der kommunistische Sieg bei den Wahlen im Departement Aube und die hunderttausendfache Pariser Demonstration am Grade der Kommunarde. Wenn sich die französische Bourgeoisie mit der englischen über die einzuschlagende Taktik geeinigt haben wird, beginnen erst die wirklichen Schwierigkeiten...

Einen Altisposten der englischen Politik bildet die Pariser Rede des amerikanischen Botschafters Herrick. „Wahrhafte Räuberbande“ uvm. — das sind noch die mildesten Ausdrücke, mit denen die Sowjetmacht gekennzeichnet wird — der Vernichtungskampf gegen sie erscheint als die Hauptaufgabe der gesamten europäischen „Zivilisation“. Wir wissen nicht, ob diese Rede die Stimmung der gesamten amerikanischen Bourgeoisie ausdrückt (das heißt, natürlich drückt sie Seimung aus, aber es ist nicht klar, ob die amerikanische Bourgeoisie ein Interesse hat, mit ihren Gedanken so offen herauszuplocken) — sehr gut möglich ist eine selbständige“ Politik Amerikas, insbesondere in China. Aber die Rede, die Coolidge am gleichen Tage in Washington hielt und in der er feierlich eine Verfassungsänderung zur Niederhaltung der amerikanischen Arbeiterbewegung ankündigte, zeigt in eindeutiger Weise, wie verkehrt es wäre, auf eine „pazifistische“ oder „vermittelnde“ Tätigkeit der amerikanischen Bourgeoisie irgendwelche Hoffnungen zu setzen.

Dass die englische Diplomatie sich, wie eine konervative Zeitung triumphierend bemerkte, „endlich von den pazifistischen Methoden der letzten Jahre abgewandt hat“, zeigt sich natürlich nicht nur in ihrem Verhältnis zur Sowjetunion. Der Besluß des ägyptischen Parlaments, eine gewisse Kontrolle über die Leitung der ägyptischen Armee zu übernehmen, hat die englische Regierung aus dem Paradies gebracht. Englische Schlachtkräfte sind an der ägyptischen Küste erichtet, scharfe Forderungen auf Übergabe des Oberkommandos an englische Offiziere wurden gestellt — „Daily Telegraph“ droht offen mit einer Zurücknahme der Unabhängigkeitserklärung von 1922 (woraus man übrigens ersiehen kann, wieviel solche von England allgemein gewährte „Unabhängigkeitserklärungen“ wert sind). Ägypten ist der Edelstein des britischen Reiches — man werde an den Küsten des Suezkanals keine bewaffnete Macht dulden, die nicht von England kontrolliert werde uvm. Man sieht, mit welchen Methoden die englische Bourgeoisie selbst mit sehr zähmen, streng „legalem“ und durchaus „verhandlungsbereiten“ nationalen Unabhängigkeitbewegungen umspringt.

Die ägyptischen Nationalisten hoffen bei ihrem Widerstande gegen die englischen Entwicklungsforderungen hauptsächlich auf

eine — offene oder verdeckte — Unterstützung Frankreichs. Der Main gibt ihnen eine energische Duldung; England ist in derVerteidigung seiner Lebensinteressen politisch im Rechte und ökonomisch denkt gar nicht daran, ihm in den Rücken zu fallen. Paris ist stark in dieselbe Schale — und alle verwiesen auf die großen Dienste, die England bei der Belämmung des inneren Arbeiterschaftsfronts geleistet haben. Eine Belohnung des ägyptischen Nationalismus werden nur die Abfalltendenzen in den französischen nordafrikanischen und irischen Kolonien stören. Als Einheitsfront der „Solidarität“ gegen die nationalen Arbeiterschaften. Natürlich wird diese Einheitsfront England einiges gelobt haben — erst jetzt wird es klar, daß die Arme der gemeinsamen Niederwerfung nordafrikanischer Arbeiterschaften eine Rolle spielt. Aber man wird auch verstehen, daß die Einheitsfront, die hier zusammengestellt ist, sich ebenso gegen die Sowjetunion, den starken Rückhalt der nationalen Arbeiterschaften, richten mag.

Unter diesen Umständen gewinnt die Weiterentwicklung der chinesischen Lage entscheidende Bedeutung. Die Niederlage Tschaungtions in Yenan scheint nunmehr besiegelt; die Vereinigung der Hanstruppen mit denen Angangsangs kann

nur mehr eine Frage weniger Tagen sein. Der wesentlichste Faktor bei der Niederlage der Weißen war offenbar die Bauernbewegung in ihrem Rücken, der bewaffnete Kampf der Bauern um den Boden tritt nun auf der ganzen Linie in den Mittelpunkt der chinesischen Revolution und schon beginnen Tschaungtions Bundesgenossen mit Massenhinrichtungen von Bauernführern. Tschaungtions aber scheint genug zu haben und — zur Erhaltung seiner monarchistischen Machtposition — den allgemeinen Frieden vorzubereiten. Gegen Peking marschierten nun von Südwesterne die Truppen Hanfuans, von Südosten die — ebenfalls große Erfolge aufweisenden Truppen Tschauntais. Es wird ein formidabler Weltkrieg um die Beziehung der bisher von Tschaungtions beherrschten Gebiete sich zu entwindeln — die Einleitung zu der großen entscheidenden Auseinandersetzung zwischen den „fortschrittlernen“ Flügel der chinesischen Bourgeoisie und den sich bewaffnenden Arbeiter- und Bauernmassen.

Die Niedergang Pekings schlägt wieder die imperialistische Einheitsfront. Jen, wo Japans eigentliche Herrschaftsphäre bedroht, organisiert es gemeinsam mit England Truppenlandungen „zum Schutz der Ausländer“. Es ist klar, daß diese Taktik für die Herausbildung der von der englischen Bourgeoisie angegriffenen Antikominternfront von wesentlicher Bedeutung ist.

Eugen Leviné

Zum achten Jahrestag seiner Ermordung.

Von Frieda Lubiner.

Am 5. Juni 1919 fiel Eugen Leviné an der Mauer des Geländes Stadelheim tot hin, durchbohrt von den Augen der todseigigen bayrischen Justiz. Sein Tod vollendete einen bestimmten Abschnitt in der Entwicklung des deutschen proletarischen Revolutions, die in den höchstens Machteroberung und der — wenn auch kurze — Beherrschung eines Staatsweizens durch das Proletariat gipfelte.

Die Erinnerung an die Münchener Räterepublik und an Eugen Leviné als deren besten Vertreter lebt fort in den Herzen der deutschen Arbeiterschaft. Durch den Vergleich seiner Lage mit jenen Münchener Frühlingstagen von 1919 kann das deutsche Proletariat bemerken, was es damals gewonnen, was es heute verloren hat.

In der Defensivstellung begeht heute die deutsche Arbeiterschaft den Jahrestag des Todes Levinés. Die Seiten, die Klassenbewußtheit, in denen das Zeug der Revolution noch lebte, kämpfen jetzt für Tagessforderungen, für menschenswürdige Leben und Arbeitsverhältnisse. Der Kampf geht um ein paar Pfennige Lohn erhöhung, um eine Stunde weniger Arbeit, gegen das Vorbrüten der Reaktion, für die Wiedereroberung verlorenen und für die Gewinnung neuer Positionen. Wie wäre dieser zähe, grauhaarige Kampf moralisch, wenn in den Seelen der Kämpfer nicht Gewissheit lebt, daß der endgültige Sieg möglich ist? Durch tausende Niederlagen und Achtzehnte sind hierfür führt der Weg, aber wir haben das Erstes gemacht. Dieser Gewissheit wird uns gegeben nicht allein durch die richtige Erfahrung von der geschichtlichen Mission des Proletariats, sondern auch durch die Toten unserer Volksopfer.

Eugen Leviné hat durch sein Leben, sein kurzes Wirken in München und seinen Tod der Arbeiterschaft für alle Zeiten das Geheim hinterlassen, gezeigt zu haben, was ein Kommunist, was ein Revolutionär ist. Als er noch München kam und in den heilsamen Wirtshaus geriet, wo ein paar Zusammensetzung, konjunkturwirksame Sozialdemokrat und ehrgeizige Phantasien auf die Ausübung der Räte erwartet wurden, erkundigte Leviné sofort die Rätherlichkeit einer solchen „Räterepublik“ ohne Rücksicht. Als aber aus der Fosse ein blutiges Trauerspiel wurde, als die Massen auf den Plan traten und mit bewaffneter Faust in den Kampf eingriffen, da konnte es für die KPD keine Neutralität mehr geben, denn in jedem offenen Kampf bedeutet Neutralität Verlust. Glaubte Eugen Leviné, glaubten wir, die wir an dem Kampf teilnahmen, daß das Münchener Volk nicht unbedingt Sieger bleiben wird? So konnte die Räte nicht gestellt werden. Leviné, dessen Denken und Fühlen das heilste Barometer für den Kampf des Proletariats war, erschöpfte sofort die Räthe durch die Toten unserer Volksopfer.

Der Flieger Lindbergh und seine Mutter



Unter Bild zeigt den amerikanischen Flieger Lindbergh mit seiner Mutter. Lindbergh wurde wegen seines beeindruckenden Flugleistung über den Atlantischen Ozean zu einer Sanction für die gesamte Kapitalistische Presse. Mehrere Tage hielt die Sportbegeisterung Amerika und Europa gleichzeitig in Atem. Nach seiner Ankunft in Paris wurde Lindbergh jetzt zu Tode gefoltert. In Paris nahmen die Feierlichkeiten kein Ende. Lindbergh wurde Ritter der Ehrenlegion und wurde von einem Empfang zum anderen geschleppt. Zwei Pariser -Sternenkolosse erboten sich Lindbergh bis zu seinem Lebenden Idioten zu entführen. Ein Pariser Schneider wollte ihn bis zu seinem letzten Ende kleiden. Zwei amerikanische Söhne boten ihm ihre Wohnung in den verschiedensten Wällen und Städten an. Eine Stadt in Long Island zog ihn Antrag dadurch beladenes Kindheit, als sie von Lindbergh nur einen leichten Spottlang.

Eugen Leviné, der so glühend das revolutionäre Rußland liebte, hat auch nicht den Aufbau der Sowjetunion mehr erlebt. Zu diesem Jahre, wo wir das zehnjährige Bestehen des proletarischen Rußlands feiern, darf die russische Arbeiterschaft mit Stolz auf den zurückgelegten Weg schauen. Aber das gigantische Werk wäre unmöglich ohne die unzähligen Opfer aller Menschen, die gestorben, in den Kämpfern umgekommen und hingerichtet wurden sind. Die Sowjetstaate werden die Veteranen der Revolution hoch geachtet, den vom Zarismus hingeworfenen werden Donau erachtet. Für das deutsche Proletariat ist der Name Eugen Leviné noch nicht das Wahrzeichen des Sieges. Um so teurer muss uns dieser Name sein, denn er weist uns den Weg, der zum Sieg führt. Das historische Urteil über jene geschichtliche „Niederlage“ des Münchener Proletariats, als deren Opfer Eugen Leviné gefallen ist, hat lange vorher Karl Marx in seinem „18. Brumaire“ gefällt:

„Proletarische Revolutionen verhönen grausam gründlich die Salbtheiten und Erdärmeltheiten ihrer ersten Perioden... jedoch keins von neuem zurück vor der unbekümmerten Ungeschweiftheit ihrer eigenen Zwecke, bis die Situation gezwungen ist, die jede Umkehr unmöglich macht. Dann ist der Sieg gegeben.“

In diesem Jahr fällt der Jahrestag Eugen Levinés mit dem großen Aufmarsch der klassenbewußten Arbeiterschaft Deutschlands in Berlin zusammen. Die ziehenden Roten Frontkämpfer, die aus allen Teilen und Ecken Deutschlands an diesem Tage zum Ringstreifen in Berlin zusammenströmten, zeigen uns, daß der Geist des Klassenkampfes und der Revolution, für den Eugen Leviné sein Leben hingegeben hat, lebendig ist in der deutschen Arbeiterschaft. Sie alle, die unzähligen Kolonien des Proletariats, die aufzumachen, sind unbewußt, und doch trotz Rücksicht der Reaktion, dem Faschismus und Imperialismus. Alle die Proletarier, die gegen durch ihren Klassenwillen, heute in der roten Einheitsfront stehen, sind die glorreiche Eben jener Kämpferbrüder, die in den Straßen Münchens, im Kriegsgebiet, in Berlin und in Mitteldeutschland kämpften. Wenn die Demonstranten singen werden: „Dem Karl Liebknecht haben wir's geschuldet, der Rosa Luxemburg reichen wir die Hand“, so gilt der Schmuck des Kampfes nicht minder Eugen Leviné, Leo Jogisches und Sofi, die für die Revolution gefallen sind. Besonders die proletarische Jugend möge mit den Traditionen des Kampfes, Namen, wie die Eugen Leviné, lief in sich aufnehmen. Wie singen heute die Demonstranten, die unter den roten Fahnen in der warmen Sommerluft marschieren: „Doch kommt der Tag, wo wir uns rächen...“

Dresden

4. Juni 1925: 300 000 Arbeiter in Schanghai im Kampf. — 1917: Matrosenmeuterei in Wilhelmshaven. — 1914: Hungeraufstand der schlesischen Weber.

Rot Front läßt sich nicht hemmen!

Seit Wochen rüsten die Roten Frontkämpfer Deutschlands zu ihrem 3. Reichstreffen in Berlin. Heute und morgen werden Extrazüge und Postautos die Kameraden der Roten Front nach Berlin bringen. Unter den Schritten Hunderttausender Partizipanten werden die Straßen wiederhallen, trotz aller Heze und Sabotage! Wochenlang hat die bürgerliche Presse durch eine wütende Lügenhefe das Verbot des Treffens zu erreichen versucht. klar und deutlich hat die Bundesleitung erklärt, daß in den Reihen des RFT eiserner Disziplin herrsche, und daß eine Normbereitschaft der Polizei vollständig überflüssig sei. Wenn sie trotzdem durchgeführt wird, dann nur um Missbilligung der Polizeibeamten gegen den RFTB zu schaffen.

Doch die Heze und Sabotage ist überall gleich!

Charakteristisch dafür ist, daß der Arbeitsnachweis Dresden einem Arbeitslosen, der für das Reichstreffen einen Tag Urlaub beantragte, dies abgelehnt hat. Glaubt man, durch solche Mähdchen den Vorwand der Roten Front auch nur hemmen zu können? Noch immer hat es die Geschichte gelehrt, daß je mehr eine Bewegung verfolgt und gehemmt wurde, desto die Organisation nur stärker und seitig wurde. Alle Verfolgungen beweisen nur die Angst dieser Gesellschaft vor der roten Einheitsfront.

Die Welt holt wieder von Waffengelt. — Fieberhaft rüsten die Imperialisten einschließlich denen in Deutschland zum Kriege gegen Sowjetrußland.

Gewiß wird ein neues 1914 etwas anders verlaufen. Starke kommunistische Parteien, gemeinsam mit anderen revolutionären Organisationen, mobilisieren die Arbeiter zum Kampf gegen den Krieg. Schon marschierten Millionen unter roten Fahnen, doch noch viele stehen abseits. Sie gilt es zu gewinnen! So gewaltige Massen auch in Berlin demonstrieren werden, noch größere gilt es zu erstellen.

Darum hämmern wir, schmieden wir am Ausbau der Roten Front! Sorgen wir dafür, daß auch der letzte Prolet in unserer Kampfreihen tritt. Berlin, wo Tausende marschieren, wird viele Hunderttausende werden.

Die Polizei ist immer unparteiisch

(Arbeiterkorrespondenz)

Die klassenmäßige Einstellung eines Teiles der Polizeibeamten zeigt sich oft deutlich, wenn es sich um Anzeigen wegen Verstößen gegen die Anweisung von Beschränkungen handelt. Am Dienstag, dem 21. Mai, beobachtete ich, wie an der Kreuzung Schäfer- und Weiberstraße ein eleganter Personenkraftwagen (Erkennungsnummer II 12961) entgegen dem Zeichen des Verkehrsbeamten fuhr. Der Beamte rief sofort: „Anhalten, anhalten!“ und fuhr hinter. Bloßlich, man konnte ihm eine Bestürzung ansehen, daß er sich einem Herrscher, einem richtigen Kapitalistischen gegenüber. Es sammelten sich sofort etliche Fahrgäste an, welche nach meiner Feststellung alle gespannt waren, was nun kommen würde. Wer jedoch glaubte, daß eine Anzeige folge, hatte sich getäuscht. Der Beamte sprach sofort in sehr höflichem Ton mit dem Herrn und ließ ihn — weiterfahren, ohne Bestrafung. Dies spielte sich am genannten Tage 11.13 Uhr vormittags ab und der Kraftwagen fuhr Richtung Postplatz weiter. Einmal anders lag die Sache etwa zwei Stunden später an der Moritzstraße aus. Dort hielt ein Verkehrsbeamter einen jüngeren Radfahrer wegen etwa dem gleichen Vergehen an, diesem sah man jedoch schon an, daß er Arbeiter war. Der Beamte forderte einen Ausweis, und als er die grüne Karte vom Arbeitsnachweis herauholte, nahm der Beamte sie ab und sagte: „Da haben Sie ja Zeit, gehen Sie einfach auf die Seite und warten Sie, bis ich Zeit zum Aufschreiben habe.“

Die Polizei ist objektiv!!!

Ein Beobachter.

Firmen, die keine Löhne zahlen

(Arbeiterkorrespondenz)

Die mechan. Werkstatt Anna Dörfel, Dresden, Hühndorfer Straße 16, beschäftigt vier Mädchen im Alter von 18 bis 19 Jahren. Die beiden Sechzehnjährigen arbeiten für den horrenden Lohn von 28 Pf. die Stunde. Wer oder glaubt, daß die paar Pennige tatsächlich gezahlt werden, irrt sich gewaltig. Während die beiden älteren Mädchen immerhin ihr Geld erhalten, wahrscheinlich aus Furcht vor der Organisation, glaubt man, den beiden Jüngsten gegenüber dazu nicht verpflichtet zu sein. So soll eine der beiden für 14 Tage bei 9½ stündiger Arbeitzeit ganze 5 M. und 1 Pf. als Abhöhlung ausgezahlt erhalten haben. Auf den Rest solle sie warten... wurde ihr vom quirligen Brotgeber, dem Mann der offiziellen Inhaberin, bestimmt. Es wäre mehr als zweckmäßig, wenn der Arbeitsnachweis die Zuweisung von Arbeitskräften an solche Arbeitgeber einzustellen würde.

Dresdner Volksbühne e. V.

Opernhaus:

Dienstag, 7. 6. Mignon	1524—1583
Mittwoch, 8. 6. Tiefstand	1584—1743
Donnerstag, 9. 6. Die Bohème	1744—1808
Sonntag, 12. 6. Turandot	1804—1943

Schaupielaus:

Mittwoch, 8. 6. Die heilige Johanna	5006—6025
Freitag, 10. 6. Bonaparte	5666—5865
Sonnabend, 11. 6. D. Grabmal des unbef. Soldat.	6055—6254

Die Komödie:

Sonntag, 5. 6. Die Herzogin von Elba	2831—2890
Montag, 6. 6. Daselbe	2891—2950
Dienstag, 7. 6. Daselbe	2951—3010
Mittwoch, 8. 6. Daselbe	3011—3070
Donnerstag, 9. 6. Daselbe	3071—3130
Freitag, 10. 6. Daselbe	3131—3190
Sonnabend, 11. 6. Daselbe	3191—3250
Sonntag, 12. 6. Daselbe	3251—3310

Albert-Theater:

Sonntag, 5. 6. Der Feldherrnhügel	201—300
Montag, 6. 6. Daselbe	301—400
Dienstag, 7. 6. Daselbe	4001—7000
Mittwoch, 8. 6. Daselbe	501—575
Donnerstag, 9. 6. Andromedus und der Löwe	576—650
Freitag, 10. 6. Der Feldherrnhügel	651—725
Sonnabend, 11. 6. Daselbe	726—800
Sonntag, 12. 6. Daselbe	801—875

Zus. Dresden Gerichtsfälle

Rigorose Entlassungen beim Elektrizitätswerk

Schon wiederholt haben wir uns mit den verschiedenen Vorlesungen in den städtischen Betrieben beschäftigen müssen. Jetzt wird uns ein neuer Fall gemeldet, der die soziale Einstellung dieser Beamten charakterisiert.

Das städtische Elektrizitätswerk hat am 6. Mai mehrere Arbeiter entlassen. Wie rücksichtslos diese Entlassungen vorgenommen wurden, entzückt ein Prozeß vor dem Gewerbericht. Sämtliche entlassenen Arbeiter hatten beim Betriebsrat gegen ihre Entlassung Einspruch erhoben, der auch vom Betriebsrat anerkannt worden ist. Verhandlungen, die derselbe mit der Betriebsleitung wegen Zurückziehung der Kündigung eingeleitet wurden, waren erfolglos.

Die Entlassenen sind fast alle verheiratet, einer ist Vater von neun Kindern. Als Grund der Entlassung gab der Betriebsleiter der Betriebsleitung an: mittelmäßige Leistung, zur Dauerbeschäftigung nicht geeignet und Verschweigen von Strafen. Dabei sind deutscherweise die Leistungen bei einem Arbeiter nach einem im Betrieb erlittenen Unfall vorgenommen worden.

Der Betriebsrat, der die Entlassenen vertretet, wies darauf hin, daß die Betriebsleitung die Entlassungen vorgenommen, nachdem von der Betriebsleitung verlangt wurde, die angeblich nur zur vorübergehenden Arbeit aushilfsweise Eingestellten fest einzustellen.

Soziale Einstellungen, die tatsächlich nicht für vorübergehende Arbeiten vorgenommen werden, sind laut Reichsamt nicht statthaft. Alle zur Entlassung Geforderten waren längere Zeit, zum Teil 2½ Jahre, im Betriebe beschäftigt.

Doch für sie keine Rücksicht mehr angenommen werden kann, ist selbstverständlich. Diese Entlassungen sind ein Skandal! Von der Betriebsleitung ist zu verlangen, daß dieselben sofort rückgängig gemacht werden. Die Verhandlungen mühten, da Zeugen und Unterlagen fehlten, verloren.

Doch die Stadt auch anderes kann als in diesem Fall, zeigt die furchtbare dem Stadtbaurat bewilligte ungeheure Gehalts erhöhung.

Die Arbeiter der städtischen Betriebe werden dem Rat zeigen, daß sie nicht mit sich schänden lassen lassen!

Eine keine Marke!

Während des Donnerprozesses machte sich auf den für die Presse reservierten Plätzen ein junger Herr durch sein geheimnisvolles Benehmen bemerkbar. Den Vorleserstatuten anwohnte er auf Beifragen, ob er „vom Fahrdienst der Kriminalpolizei sei“. Um seine ungeheure Arbeit zu bewältigen, hatte er sich gleich eine Stenotypin mitgebracht.

Dieser junge Mann stand am Montag vor dem Richter — aber nicht etwa als Zeuge „in amtlicher Eigenschaft“, sondern als Angeklagter. Tillmann war des Beitrags angeklagt. Er nennt sich Kaufmann. Sein Vater ist Justizbeamter. Der Angeklagte ist bereits dreimal wegen Beitrags und Urkundenfälschung verurteilt worden. Seit 1½ Jahren will Tillmann eine Generalvertretung haben und 150 M. pro Monat verdienen.

Als Vertreter einer süddeutschen Firma hatte T. eine Musterkollektion, die natürlich unverträglich war, im Wert von 110 M. erhalten. Diese Kollektion will Tillmann seinem Verteiler, den er aber nicht kennt, gegeben haben.

Da er die Firma keine Aufträge gelangt, verlangte sie dieselbe zurück. Nun will Tillmann an seinen Vertreter geschrieben und die Kollektion zurückverlangt haben. Daraus soll derzeit ein Telegramm gestellt haben, das Tillmann vorlegt. Die ganze Sache hat den Schein der Unglaublichkeit. Die Firma, die von T. die Bezahlung verlangt, erhielt natürlich — außer Versprechungen — nichts. Nicht noch Tillmann antwortete der Firma, daß falls sie klogen werde, sie überhaupt nichts erhalte, denn er habe den Offenbarungsseid geleistet! (Das ist nicht wahr.)

Ein Polizeikommissar, der Erörterungen vorgenommen, erklärt, daß er nichts Ungünstiges über den Leumund Tillmanns erfahren habe.

Zo, Tillmann selbst habe sich um Klärung des Sachverhaltes gemeinsam mit dem Polizeikommissar bemüht..

Der Staatsanwalt beantragte Bekanntmachung, während der Angeklagte in geschildeter Weise freisteht und um Freispruch bitte.

Noch kurzer Beratung wird verkündet, daß der Angeklagte freigesprochen wird.

Widerwärtigerweise hörte man während der ganzen Verhandlung nichts darüber, ob Tillmann dem Fahrdienstdienst

der Kriminalpolizei angehört, da er ein gutes Beurteilungsergebnis vom Polizeikommissar erhielt, ist es wohl anzunehmen. Der Kriminalpolizei ist zu verlangen, daß sie eine Aufklärung hierüber gibt.

Ber sind die Schuldigen?

Ein Oberposthoffner steht vor dem Schöffengericht. Er ist der Untreue im Amt angelagt. Seit 1904 ist er bei der Post, bis 1925 hat er sich nichts zuschulden kommen lassen und immer galt er bei seinen Kollegen und Vorgesetzten als einer der zuverlässigen und besten Arbeiter. Seit Mitte 1926 beobachtete einige Kollegen, daß der Angeklagte öfter Briefe aus seinen und anderen Fächern entwendete. Ende April wurde er getötet. Etwa 180 bis 200 Mark hatte er im Laufe dieser Zeit aus den Briefen entwendet.

Die Verhandlung entzückt ein Bild des furchtbaren Elends, wie es bei den unteren Beamten herrscht. Der Angeklagte wurde nach Gruppe 3 beigelegt. Da er einige Darlehen zurückzahlt hatte, belohnt er pro Monat 145 Mark ausgeschüttet. Das Darlehen hatte er aufzunehmen müssen, da seine Frau schwer krank war und deswegen eine Kur zur Erholung machen mußte. In den 22 Jahren seiner Leje lebte ihm die Möbel als auch Kleider vollständig entzweit gegangen. Von seinem Lohn habe er nie einmal die alten undwendigen geschweige denn größere Ausgaben machen können.

Der Vorleser wies darauf hin, daß die Post dauernd warnt, Geld in Briefen abzuhüten, weil dadurch die Beamten in Verlösung kommen. (Würde das auch der Fall sein, wenn die unteren Beamten menschenwürdig bezahlt würden?) Alle als Zeugen vernommenen Kollegen konnten nur das Beste über den Angeklagten auslegen. Postdirektor Kunath hob ganz besonders hervor, daß der Beamte immer als ein williger, dienstreicher Mann bekannt gewesen sei. Er habe einen sehr soliden Lebenswandel geführt. Alles sei übersicht gewesen, das er viele Handlungen begangen habe. Auch Postdirektor Kunath mußte die schlechte peinliche Lage des Angeklagten feststellen.

In seiner Anklage stellte der Angeklagte die Todesstrafe nicht in Betracht. Der Angeklagte beantragte der Staatsanwalt 6 bis 8 Monate Gefängnis. Eine Geldstrafe könne bei der Schwere der Straftat nicht in Betracht kommen. Das Urteil lautete dann auch auf 6 Monate Gefängnis.

Der Fall ist einer der oftzähligen; Der Staat besitzt seine unteren Beamten so schlecht, daß sie aus Not ungeeignete Handlungen begehen. Von denselben Staaten werden sie dann bestraft! Und die Lehre? Auch die Beamten können ihre Lagen nur verbessern, wenn sie gemeinsam mit den Arbeitern kämpfen! Nicht Klassenkampf oder persönliches Streitkampf hilft hier, sondern schärfster Klassenkampf aller Ausbeuteten gegen ihren Staat.

Not kennt kein Gebot!

Die Anklagebank zielt ein 32jähriger stellungsloser Kaufmann. Er ist furchtbar unterernährt, schwach, äußerst dürr, nervös. Auch er ist schon einmal mit dem Strafgesetz in Konflikt gekommen. Seine Strafen verbüßt er meist in Konkurrenz.... Das letzte Mal hatte er im Frühjahr 1926 in Bremen einen Händler um Waren geringen Wertes geplündert. Er war arbeitslos und erhielt keine Unterstützung, was sollte er tun? Im September kam er nach Dresden. Arbeit erhielt er keine, ebenso war es mit der Erwerbstätigkeitunterstützung, und jeder Tag will gelebt sein — kostet Geld. Das wenige Bargeld, das er hatte, war bald aufgebraucht, dann verkaufte er kleine Sachen. Als er nichts mehr zu verkaufen hatte, möchte er es wie in Bremen, er heißt 50 Mark, die er einem Zigarettenhändler für gelieferte Ware schuldet.

Der Staatsanwalt beantragte 4 (1) Monate Gefängnis. Das Gericht hatte die Bremer Strafe — 4 Monate — mit der Dresdner Strafe zu verbinden. Das Urteil lautete auf eine Gefangenstrafe von 5 Monaten 2 Wochen Gefängnis, so daß für die Dresdner Sache 1 Monat und 2 Wochen ausgeworfen waren. Das Gericht hatte die ungeheure Notlage anerkannt und milderte Umstände bewilligt.

Dieses Urteil steht gewiß von manchen anderen ab, und trotzdem ist es ein Altkennenurteil! Hätte die kapitalistische Gesellschaft dem Angeklagten Arbeit gegeben, dann hätte er nicht im Gefängnis, sie aber ließen ihn schuldig werden und sparen ihn dafür ein. — Das ist die vielgepriesene Moral der herrschenden Kaste!

Die Wasserkunst des Neptunbrunnens in dem Garten des Stadtkrankenhauses Friedrichstadt — Eingang Wachsbekstraße — kann um 1. und 2. Pfingstfeiertag vor vormittags 11—1 Uhr unentgeltlich besichtigt werden.

Pfingstkarten. Die Nachrichtenstelle der Oberpostdirektion teilt mit: Ohne Umlauf verhandte gedruckte Pfingstkarten, die den Bedingungen für Postkarten entsprechen müssen, sollen im Ortsbereich des Aufgabeortes, auch wenn sie mit beliebigen handschriftlichen Zusätzen versehen sind, 3 Pf. Sollen sie im Fernverkehr gegen die Gebühr für Volldrucksachen (13 Pf.) befördert werden, so dürfen außer den logen-nannten Ablanderangaben (Abfertigungsort, Name, Stand und Wohnort nebst Wohnung des Absenders usw.) noch weitere fünf Worte, die aber mit dem gedruckten Wortlaut in leicht erkennbarem sachlichen Zusammenhang stehen müssen, handschriftlich hinzugefügt werden. Die in offenem Umlauf verhandten Pfingstkarten sollen sowohl im Ortsbereich des Aufgabeortes, wie nach außerhalb nur dann 3 Pf. wenn auf der Karte außer den Ablanderangaben (siehe oben) nichts weiter geschrieben ist. Ist jedoch ein vorhandener Wortlaut, wie „herzlichen Glückwunsch zum Pfingstfest“ u. dergl. handschriftlich durch gestanzte Nachfragezeichen bis zu fünf Werten, z. B. durch den Zusatz „bedarf“, „Ihre“, „Dein Freund“, „bedarf dir“, „sendet mir besten Grüßen Ihre“, ergänzt, so ist die Gebühr für Teild

Aus Ostfachsen

Spitzenpilze der Arbeiterklasse in Klohsche-Hellerau

Einen großen Schildbürgerstreit haben sich die Ortsgruppen Klohsche und Hellerau der SPD in der letzten Ortsausschusssitzung geleistet. Die Klohscher Arbeiterschaft dürfte nun endlich bald erkennen, wie ernst es die SPD mit der wahren Verhandlung meint. Man geht unbeirrt den Weg der 23. Septemberrede. Nur zu den Täschchen lebt.

Seit zuletzt 2 Jahren sind die beiden Ortsgruppen Klohsche und Hellerau der SPD dem Ortsausschuss Klohsche angehört. Die KPD stellte nun in der letzten Sitzung einen Antrag an das gleiche Ortsausschussamt zur Aufnahme, da die SPD ebenfalls Zugänglichkeit besitzt. Wer nun glaubt hätte, dass alle Delegierten, auch die der Kultur- und Sportvereine konsequent und ehrlich handeln würden, der erlebt etwas ganz unerhörtes.

Die beiden Ortsgruppen der SPD erklärten, dass sie am 1. Juni 1927 aus dem Kartell ausscheiden wollten, da es eigentlich zwecklos für sie ist, hier vertreten zu sein, denn Arbeit für ihre Lage nicht vor. Und zweitens wollten die großzügigen Vertreter der Arbeiterschaft das Kartell, das bis jetzt immer "unpolitisch" gehandelt hätte, vor einem politischen Tummelplatz wahren. Das wahre Gesicht dieser Herren aber zeigt sich bei der Abstimmung über das Aufnahmevergleich der KPD. Dort erklärten diese Herrschaften, dagegenstimmen zu müssen, da politische Organisationen nicht in ein Sportkartell gehören. Die Sozialdemokratie aber hat ungeachtet beider 2 Jahre ihre Vertreter entzogen und niemand hatte dagegen irgendwelche Bedenken. Jetzt aber entdeckten die Hüter des "hohen Friedens" plötzlich, dass ihre Arbeit im Kartell nutzlos ist. Nun, wir glauben gern, dass die Arbeit der SPD im Kartell gelangweilt hat, denn Sinn für Kulturarbeit ist eben bei diesen "Herren" nicht vorhanden. Eine große Dreistigkeit ist es aber, wenn man heute gegen die Aufnahme der anderen proletarischen Partei stimmt, die den Willen zur politischen Mitarbeit hat.

In langen Aussführungen zeigte der Genosse Voigt den Einheitskämpfern, wie unkonsequent das Verhalten der SPD ist. Die Majorität hat es jaheinat die Herrschaften angeboten, indem sie sagten, dass ihre Mitglieder davon überzeugt worden sind, dass sich mit den Kommunisten gut zusammenarbeiten lässt.

Unproletarische Verhältnisse zeigen auch die Vorständen des Begegnungsvereins, des Mondolinistenclubs, Bandunionclubs, Reichsbanner, Sozial-Arbeiter-Jugend und Arbeitersozialfahrt. Sie stimmen ebenfalls gegen das Aufnahmevergleich, während sie in den 2 Jahren in den die SPD im Ortsausschuss war, keine Bedenken gegen diese Partei hatten.

Die größte Empörung aber rastet das Schwindelmannöver her vor, wenn man erjährt, dass ein Ausscheiden der sozialistischen Arbeiterschaft, sowie des Reichsbanners nicht in Frage kommt, denn die beiden stehen "überparteiliche Organisationen".

In diesem Moment verliert die SAJ überhaupt den Anspruch im Ortsausschuss vertreten zu sein, denn Organisationen, die den Gedanken der proletarischen Bewegung vertragen, in dem sie "überparteilich" sind, gehören ins bürgerliche Lager.

Wir fragen aber, wenn die SAJ überparteilich ist, wie hat dann die SPD das Recht, Auslanddelegierte aus der SAJ auszuschließen. Hier also prallt der Schwindel aufeinander.

Nur gut, dass es noch sozialdemokratische Klassengenossen gibt, die ehrlich denken. Es sei festgestellt, dass der Vorstand des Kartells sich für Aufnahme der KPD aussprach und auch stimmte. Ebenfalls die zwei Vertreter der Zugvallabteilung sowie der Vertreter des Arbeiterkamarates.

Freital. Wenn wir früher einmal gesagt haben, dass die Freitaler Volkszeitung jedes zuliebste bürgerliche Blatt an Kommunistenheit übertrifft, so wird uns das jeden Tag aufs neue bestätigt. Auch gestern wieder. Im lokalen Teil bemüht sich die Redaktion trampolhaft, die Kommunisten als Verbündete des Stahlhelms darzustellen. Der objektive Beobachter der Politik der Freitaler Sozialdemokraten weiß selbstverständlich sofort, dass es sich dabei nur darum handelt, einen anderen hinter dem Busch zu suchen, hinter dem man selber sitzt. Anlass für das demagogische Spiel dieser unglaublichen Strümpfagen ist die von uns am Donnerstag abgedruckte Erklärung des Schulleiters Wittich, an die wir die ausdrückliche Bemerkung anknüpften, dass für uns keinerlei Veranlassung besteht, für die Person des Herrn Wittich eine Panne zu brechen, und der Inhalt seiner Zulassung von uns nur deshalb wiedergegeben wurde, um die erbärmlichen und lächerlichen Methoden jener Stahlhelmpolitik, die von den verantwortlichen Sozialdemokraten in der Freitaler Stadtverwaltung getrieben wird. Wir sehen durchaus nicht an, zu erklären, dass wir gegen den Schulleiter Wittich, wie liegen dabei nochmals die Verantwortung auf das Wort Schulleiter, bisher noch keinerlei Ursache hatten, uns gegen ihn zu wenden. Sollten wir dazu Ursache haben, wird das mit der notwendigen Schärfe geschehen. Troy unserer ausdrücklichen Erklärung bringt es die Freitaler Volkszeitung fertig, ihren Lesern zu erläutern, wie hätten uns für Wittich eingesetzt und würden mit den Stahlhelmläuten zusammen arbeiten.

Warum dieser Schwindel? Die Sache ist ganz einfach. Wir stellen fest, dass die SPD-Schachergeschäfte mit den bürgerlichen Parteien abgeschlossen hat. Die SPD verhalf einem Demokraten als Engegenkommen an die Bürgerlichen ohne Notwendigkeit zum Bürgermeister. Der Sozialdemokrat Kämpf erhält das Vertrauen und die Stimmen der Stadtverordneten jenes Bürgerausschusses, dem Herr Wittich als 2. Vorsitzender angehört. Der stellvertretende Bürgermeister Dr. Wolf und der SPD-Stadtverordnetenvorsteher Weißig haben die Kirchengemeinden, die Industriellen und den Bürgertum zu Einweihungsfeier mit Kenntnis des Herrn Kämpf eingeladen. Sie liegen sich den Segen der Pfaffen und das Vertrauen der Scharkmacher und Reaktionäre geben. Ihre ganze Politik in Freital ist darauf abgestellt, in Harmonie mit dem Bürgertum, einschließlich der Klohsleute, zu leben und zusammen zu arbeiten. Das sind die Tatsachen, die man nicht wegdiskutieren und weglassen kann, wenn sie auch noch so unangenehm sind. In der Freitaler Volkszeitung aber muss man dem Arbeiter blauen Dünking vormachen und gegen die Kommunisten lägen, damit der politische Betrug verschleiert und die Freitaler SPD-Führer in der Rolle des ehrlichen Arbeitersvertreters erscheinen. Wir gestehen, in dieser Kunst besiegen die Herrschaften allerhand Übung. Die Praxis der sozialdemokratischen Politik wird Arbeitern trotz aller raffinierten Lügenunterschüssen früher oder später die Augen öffnen.

Hainichen. (Gewitter schäden.) Während eines Gewitters schlug ein Blitzstrahl in die Eisenbahntelegraphenleitung zwischen Hainichen und Dittendorf und richtete auch an einem in der Nähe liegenden Postenhaus erheblichen Schaden an. Ein weiterer Blitzstrahl traf das Mietshaus der Siegelerei von Neudörflern bei Freudenberg und beschädigte den dort arbeitenden Arbeiter Freudenberg. Es gelang der ärztlichen Hilfe, den Verunglücks ins Leben zurückzurufen, doch mugte er logisch dem Krankenhaus zugeführt werden.

Ottendorf-Ostria. Am 20. Juni dieses Jahres läuft die Frist für den Umtausch von Reichsanleihe-Nebenbilanz in Abgangsstück ab. Die Sparkasse Ottendorf-Ostria ist bereit, die Verwertung auch kleinster Stücke, also auch unter 500 Mark, zu übernehmen, bzw. den Verkauf zu vermitteln. Inhaber von alten Reichsanleihen wollen Anträge unter Vorlegung der Wertpapiere bei der unterzeichneten Kasse bis spätestens 25. Juni stellen.

Brand-Erbisdorf. Die Stadtverwaltung ist darauf bedacht, die öffentlichen Anlagen, die der Erholung der Einwohner dienen sollen, instandzuhalten. Ruhébänke werden aufgestellt, Sandspielstätten für die Kleinen wurden geschaffen. Es wird an die Einwohnerschaft die Bitte gerichtet, darauf zu achten, dass diese Gemeinplätze pfleglich benutzt werden. Besonders möchte darauf hingewiesen werden, dass die Einrichtungen gesichert werden und sich nicht zu Schutzbüdigerungsplätzen entwickeln.

Einheitsfront in Bischofswerda

(Arbeiterkorrespondenz)

Bischofswerda. Unter SPD-Berichterstatter für die Oberschlesische Tante konnte es sich nicht entgehen lassen, auf unseren Bericht vom Wiederaufmarsch seine Gedankens loszulassen. Galt möchte es scheinen, dass kein Geist nicht gerecht habe, um ein solch gehässiges Hindernislein zusammenzutragen. Was wurde von uns gehänselt? Allerdings wurde bemerkt, dass die Reichsbannerfamilie, die schon zum Weden unvollständig angestritten war, vor Beginn des Demonstrationzuges ihre Instrumente nach Hause schaffte. Als Grund hierzu schreibt der junge Herr, dass es die Spieler der Roten Frontlämmer auf das Reichsbanner "besonders abgelehnt" hätten. Vorbeisehauern! Wahrscheinlich ist, dass die Spielleute des KFB nach Bekanntwerden des Wedens zum 1. Mai sehr ernstlich die Frage besprochen haben, dass das Weden gemeinhin gemacht werden könnte. Wir vergraben aber nicht, dass wir nicht das erste Mal für unsere aufrichtigen Bemühungen in einzelnen für gemeinsame Aktionen mit dem Reichsbanner und der KPD nur ehrenverlehnende Zurückziehung erfahren mussten. Wir sind jedoch der Auffassung, dass der Tag auch in Bischofswerda kommen wird, wo die Arbeiter sich über die Köpfe gewisser Arbeitnehmer mit den revolutionären Arbeitern die Hände reißen werden, und unterlich alle Vorbereitungen zum gemeinsamen Kampf treffen werden. Wir bedauern, dass es nicht schon am 1. Mai der Fall war. Tollache bleibt es doch, dass weder Gewerkschaften noch SPD im Demonstrationszuge Fahnen trugen, sondern dies vom KFB

und der KPD geschahen ist. Was die Fahne betrifft, welche vom Bureau des Eisenbahnerverbandes wehte, so wird Herr Tränker uns im füllen, wenn auch mit Gräßen, Recht geben, wenn wir bei dem von uns Bezeichneten bleiben. Es kann wohl richtig sein, dass die Fahne dem Wirt des Hauses gehört, dies ändert aber nichts daran, dass wenn Herr Tränker eine rote Freiheitsfahne herausabhängen wollte, für die andere auch ein anderer Platz gewesen wäre. Wenn von uns belohnt werden ist, dass Arbeiter in die Arbeiterportvereine gehören und am 1. Mai keine Wettkämpfe ausstragen sollten, sondern mit zu demonstrieren haben, so wird auch das richtig sein. Die Bemühungen, uns beim Frauenschau herabzuzeigen, sind geradezu geeignet, den Spalt in der Arbeiterschaft noch zu vergrößern. Es ist kein Tadel von uns an einem der Mitwirkenden ergangen, im Gegenteil, aus allen Zeiten ist bei jedem Wollen Anerkennung zu sehen. Nur in Bezug auf die Wahl der Lieder im Frauenschau haben wir empfohlen, neben dem Volkslied auch Lieder des Klassenfamiliens zu singen. Wir wissen, dass es keine leichte Sache für die Frauen ist, die Wahl ihrer Lieder richtig zu treffen, zumal sie unter mancherlei Einflüssen stehen. Zum Schluss noch eins zum Gestammel über die Einheitsfront. Der Begriff ist für alle SPD-Kräfte etwas Unverträgliches. Es sollte den Schlosspolitiern schon lange klar geworden sein, dass eine Einheitsfront nur im revolutionären Sinne möglich ist. Mit Neigung aller Schätzungen, die eine Front mit der bestehenden Klasse haben, werden wir uns keine Mühe geben. Und das trifft auch für manchen in Bischofswerda zu. Wenn es dem KFB-Geschäftsführer recht ist, mit uns wieder eine Maidemonstration zu machen, so rufen wir ihm zu: Beteilige dich im Festausklang der 700-Jahrfeier. Es werden aber andere Empfehlungen notwendig sein, als die, die du im vorigen Jahre unter Gewerkschaftsfeind organisiert hast. Winsle und bette, vielleicht hat man mit dir Erfahrung.

Arbeiter Sport

Die reformistische Olympiade 1927 in Prag

Abgeordneter Genosse Hrousek veröffentlicht im Centralorgan der KPdSU, Rude Pravo einen Artikel „Die heutige sozialdemokratische Olympiade“. Er beginnt sich zuerst mit der gegenwärtigen Politik der tschechischen Sozialdemokratie und führt nachher aus:

„Die Olympiade wird folgenden Charakter haben: Die Gegenseite zwischen der Arbeiterschaft und der Bourgeoisie zu überbrücken, den Nationalismus und die bürgerliche Demokratie wiederum auf den Schild zu stellen und für den Präsidenten Masaryk, den Repräsentanten der bürgerlichen Demokratie, zu manifestieren. Die Sozialdemokratie beschaut damit, der Bourgeoisie einen Heimweh zu liefern, dass sie gewillt ist, zu jeder

Genosse!

Willst Du um einer „Suppenterrine“

wollen die Front Deiner Klassengenossen verstärken?



Heraus aus den bürgerlichen Sportvereinen! Hinein in den Arbeiter-Turn- und -Sportbund!

Zeit solche Politik durchzuführen, die in der vergangenen Periode zur Niederlage der arbeitenden Klasse führte.

Mit diesem Bekenntnis kommen weitere Momente zugange, um den Charakter dieser scheinbaren „Arbeiter-Olympiade“ zu verwischen und sie nationalistisch und patriotisch darzustellen. Dies geschieht insbesondere, als auf der Olympiade Sotsi und das Militär aufzutreten werden und indem die bürgerlichen Parteien ebenfalls eingeladen werden. Damit ist deutlich, dass dies keine Arbeiter-Olympiade sein wird. Und noch weniger ist daraus zu denken, dass sie einen Klassencharakter tragen wird. Falls aber die Sozialdemokratie erklärt, dass sie die Arbeiterschaft schützen, wäre es notwendig, den alten reformistischen Weg, den die Sozialdemokratische Partei bisher verfolgte, zu verlassen. Das bedeutet, die Olympiade als eine Manifestation der arbeitenden Klasse gegen die Reaktion und den Nationalismus durchzuführen. Würde es die Sozialdemokratische Partei und die Führung des DTB-Verbandes tun, so könnte die Arbeiterschaft auf dieser politischen Veranstaltung einheitlich manifestieren. Damit könnte die Olympiade ein Glied in der Reihe der einzelnen Aktionen, die die Arbeiterschaft unter der Führung der Gewerkschaftszentralen unternimmt, werden.

Wir Kommunisten sind uns vollständig bewusst, dass in der gegenwärtigen Zeit die Arbeiterschaft nur durch das ethnische Bekenntnis den Nationalismus und die Reaktion abschlagen kann, und deshalb werden wir die Olympiade unterstützen, falls sie wirklich einen Klassen- und Kampfscharakter ausdrückt wird. Falls ihr, sozialdemokratische Arbeitersportler, von der nationalistischen Parade ablehnt, so werden unsere revolutionären Turn- und Sportorganisationen alles tun, um mit euch gemeinsam auf der wirklichen Arbeiter-Olympiade, die gegen die Bourgeoisie und die klerikale Reaktion gerichtet wird, zu manifestieren.“

II.

Neben den offiziellen Regierungsvertretern ist zum Mitglied des Hauptstaatssekretariats der 2. Olympiade in Prag Tito, ein organisierter Nationaldemokrat (Partei der Schwerindustrie) und ein ansehnliches Mitglied des sozialistischen Sotsi, Vertreter des Prager Stadtrates, ernannt worden. Arbeitersportler, was sagt ihr zu dieser züchtenden Freundschaft?

Eine der nächsten bürgerlichen Olympiaden in Prag? In einer kurzen Ministeriumsberatung in Prag wurde der Kostenvoranschlag für die Verschönerung der Amsterdamer Olympiade entworfen. Das Handelsministerium wird wahrscheinlich die Kosten der Teilnahme an Winterwettbewerben tragen.

Gleichzeitig wurde der Termin der Olympiade 1928 in Prag bestimmt. Außer dem Bau eines Stadions seien 12 000 000 tschechoslowakische Kronen notwendig. Mit den Einzelheiten wird sich der Ministerialrat beschäftigen.

Der Chef des tschechoslowakischen Generalstabes über die vor militärische Erziehung.

Wie bekannt, wurde in der Tschechoslowakei die Einführung der vor militärische Erziehung der Jugend seitwiegig verhindert, trotzdem die Bourgeoisie alle Vorbereitungen dazu getroffen hat. Ein Redakteur der bürgerlichen „Rude Ropice“ stellte nun an den Chef des Generalstabes, General Štrouh, die Anfrage, ob die Michtführung der vor militärische Erziehung für die Armee kein Hindernis darstelle. General Štrouh antwortete darauf: „Für die vor militärische Erziehung sind in der ganzen Republik noch nicht solche Voraussetzungen geschaffen worden, um von ihr die Aktivierung des Proletariats abhängig zu machen. Das bedeutet jedoch nicht, dass die Frage aufgehoben ist, aktuell zu sein. Wir müssen sie weiterhin studieren und jedenfalls müssen wir zur Verallgemeinerung der körperlichen Erziehung im Interesse der nationalen Wehrhaftmachung hinarbeiten.“ Im Interesse der arbeitenden Klasse müssen die Arbeitersportler weiter gegen die Einführung der vor militärische Erziehung und gegen alle reaktionären Pläne der Bourgeoisie kämpfen.

Um die Partei-, Gewerkschafts-, Kultur- und Sportorganisationen Dresden.

Immer wieder wird von unseren Technikern Klage darüber geführt, dass der Sammelordner nicht rechtzeitig oder meistens auch gar nicht angefordert wird, sondern müssen sich unsere Techniker selbst kümmern. Da nun unsere Funktionäre aber nicht in der Lage sind, sich sämtliche Tätigkeiten der in Frage kommenden Arbeiterparteien zu halten, auch nicht immer die Zeit befreien, jede Zeitung zu lesen, so ergeben sich mitunter Komplikationen, die im biederseitigen Interesse besser unterbleiben würden, wenn die verantwortliche Organisation 3 bis 4 Tage vorher die Dienstbeförderung der nächstwohnenden Funktionäre unserer Kolonne schriftlich eingeben würde. Bei größeren Veranstaltungen ist unbedingt unsere Geschäftsstelle zu benachrichtigen, lediglich ist Kaiserstraße 7, Telefon 65 845. Dienstanforderungen sind zu richten an: Kolonnenführer Paul Rude, Dresden-Südosten, Leipziger Straße 10; 2. Stad: Richard Kluge, Dresden-Südosten, Alt-Südosten 10; 3. Stad: Franz Brinzer, Dresden-Südosten, Bergmannstraße 25; 4. Stad: Otto Berger, Görlitz, Görlitzer Straße 70; Max Zimmermann, Dresden-Nordost, Arth-Ritter-Straße 3; Hans Zimmermann, Rähnitz, Dresden-Südosten.

Das Turn- und Sportfest der Dresdner Vereine

Es gehört zu den Lebensnotwendigkeiten der Arbeitersportler, von Zeit zu Zeit mit größeren Veranstaltungen vor die große Öffentlichkeit zu treten. Nicht um Geschäft zu machen, wie es die Sensationslust der Wohen zu befriedigen, sondern einfach einzigt zu dem Zweck, neue Anhänger zu gewinnen. Durch die Freizeit und das Bundesfest in Leipzig, durch die großen Demonstrationen der Arbeitersportler, ist der breiten Öffentlichkeit gezeigt worden, welche Macht in der Arbeiter-Turn- und -Sportbewegung liegt, den Willen ist gezeigt worden, dass die Mitglieder des Arbeiter-Turn- und -Sportsclubs Großes auf turn- und sportlichem Gebiet zu leisten vermögen.

Die Dresdner Turn- und Sportvereine rufen für den 19. Juni die Arbeiterschaft auf, das Fest in Dresden-Kaditz zu besuchen. Das können und werden der Dresdner Sportler wird dort in allen Disziplinen zur Schau gebracht. Am gleichen Tage wollen die Deutschen Turnvereine durch eine Gegenanstellung in nächster Nähe das Arbeiter-Turn- und -Sportfest der Altmärkler. Dieses Vorhaben wird Alasco erleben. Das wird sein, wenn lebhafte Propaganda für das Fest der Arbeitersportler in allen Kreisen der arbeitenden Bevölkerung getrieben wird. Alles am 19. Juni nach den Kaditzer Sportwiesen! So lautet die Parole.

B. Fr.

Kinderfest: Sonntag, den 19. Juni.

Für die Kinderabteilungen der Dresden-Vereine wird das Turn- und Sportfest auf den Kaditzer Sportwiesen ein Erfolg werden. Heißiges Leben und heile Vorfreude macht sich in allen Übungsstunden der Kleinen und Kleinjungen bemerkbar. Rennen den Erwachsenen will auch der Jungsturm mit Erfolg bestehen. Die Gruppenleitung ist bemüht, allen Kindern ein lustig und freudvolles Fest zu bereiten. Es wird ihr nach dem aufgestellten Stoffen von den Kindern und ganz gelingen. Und die Eltern, die werden lachen können, wie ihre Kinder in den Arbeiter-Turn- und Sportvereinen amüsierliche Körper und Geist betreibende Übungen treiben. Mitfreuen werden sich alle Eltern, wenn die Kinder mit leuchtenden Augen aufmarschieren, zu gemeinsamen Übungen. Deshalb ergeht an alle Eltern der Ruf: Kommt mit euren Kindern am 19. Juni alle zum Turn- und Sportfest nach den Kaditzer Sportwiesen. H.R.

1. Fußballgruppe. Sonnabend, den 11. Juni, abends 8 Uhr in der Gießhüttstraße 11. Versammlung für die Stadionvereine des Dresden-Sportfests. Tagessordnung: Gruppenfest und Zeit der Arbeit; Wahl eines weiteren technischen Vertreters; Allgemeines.

Fußballabteilung des TB Wurgwitz. Am Pfingstsonnabend weilen Gäste aus der Lüneburg in unserem Ort. Die heimische Fußballabteilung hat für ihre 1. Elf die 1. Mannschaft der Arbeiter-Turn- und Sportvereinigung Gallinchen (Sotsi) verpflichtet. Die Mannschaft spielt gute 2. Klasse, ein interessanter Fußballkampf ist daher zu erwarten. Anfang des Spiels 6.30 Uhr. Vor diesem Spiele findet ein zügiges Jugendfußballspiel statt. Wurgwitz 1. Jgd.-Dresden-Süd 1. Jgd. Beginn ist 5.30 Uhr gegenüber.

KRIEGSSCHATTEN...

Von unserem russischen Mitarbeiter Andrei Rostowzeff, Leningrad

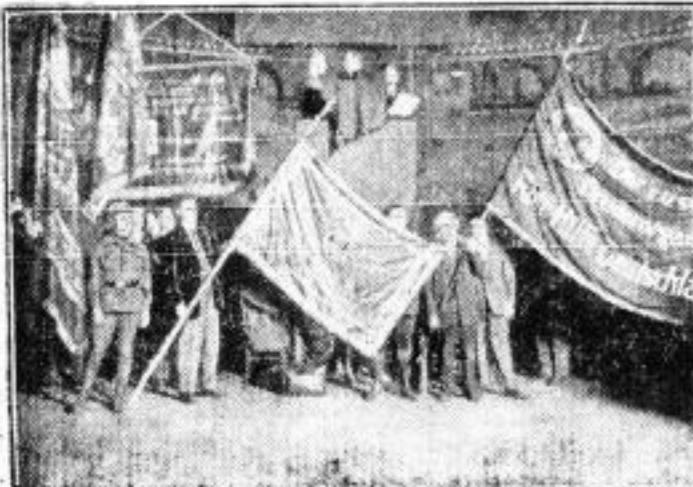
Leningrad, Mai 1927.

Es war Anno 1918, als der Chefredakteur des Daily News, Gardner, folgenden offenen Brief an Lord Gren gerichtet veröffentlichte:

Der Schatten der seit 4 Jahren die Welt verdunkelt, ist die Einsicht, daß das Fundament, worauf die menschliche Gesellschaft aufgebaut war, nicht länger bewohnbar ist. Wir haben auf einem Vulkan gelebt. Heute ist in Tätigkeit getreten und hat die Menschheit mit flüssiger Lava übergossen. Der Ausbruch wird seinerzeit austören. Aber der Vulkan wird bleiben, wieder ausbrechen, und jeder neue Ausbruch wird jurchbarer sein, als der vorübergehende. Daraum muß die menschliche Gesellschaft die Abhänge des Vulcans verlassen oder untergehen. Mit anderen Worten: eine für den Krieg organisierte Welt ist hinfest unüberwindbar. Gedenken glaubten wir, daß eine Friedensorganisation gleichzeitig neben der Kriegsorganisation bestehen könnte, daß im Laufe der Zeit mit der modernen Entwicklung des sozialen, wirtschaftlichen und intellektuellen Verkehrs die zunehmende Flut des Liberalismus das Standbild des Kriegsgottes unterwaschen und die Erde unvermeidlich mit seinem Sittengelde überfluten werde. Über die Täuschung ist dahin. Liberalismus und Militarismus, Gewalt und Freiheit können nicht länger nebeneinander bestehen. Die eine oder die andere Idee muß die Erde beherrschen. Wenn der Militarismus überlebt, wird er überall überleben. Die entscheidende Frage in diesem Kriege ist nicht, ob dieses oder jenes Land an diesem oder jenem Staat fallen soll, sondern ob die Zukunft der Welt auf die Friedensbasis oder die Kriegsbasis gestellt werden und ob die menschliche Gesellschaft ihre Heimstätten erneut auf dem Vulkan oder entfernt davon erreichen soll. Solfern es nur dieses gibt, müssen wir alle Folgerungen ziehen.

Wenn der Militarismus triumphiert, wird er nicht wie früher weiterleben, sondern die gesamte Spannkraft der Erde in Anspruch nehmen. In jedem Lande wird jede Industrie im Hinblick auf ihre Dienstbarmachung für den Militarismus geleistet und kontrolliert werden. Jede Eisenbahn und jedes Schiff wird für ihn gebaut und jedes Menschenleben ihm geweiht

Vom 2. Reichstagkongress der Roten Hilfe



Überreichung der von der „Mop“ geflügelten Fahnen an die deutsche Organisation

weden. Er wird Schule, Kirche, Heim, Literatur, Wissenschaft und Kunst beherrschen.

Wir werden in Rüstung leben. Die alte Lüge: si vis pacem, para bellum (willst du den Frieden — richte für den Krieg!) wird uns nicht länger trügen, wir werden wissen, daß Kriegsvorbereitung — Kriegswillen bedeutet! Der andere Weg ist die Organisation der Welt für den Frieden. Voraussetzung dafür ist die Anerkennung der Tatsache, daß der Krieg ein Verbrechen ist, daß die erste Pflicht der zivilisierten (?) Gesellschaft darin besteht, sich gegen die Verübung eines Verbrechens zusammenzunutzen, daß seine Vorbereitung eine kriminelle Verschwörung gegen die Menschheit bedeutet, die mit politischer Ausübung und wirtschaftlicher „Erforschung“ zu bestrafen ist, daß alles Wettrennen mit den Begeisterungsheiligen von Geheimdienstnäthe, Geheimverträgen und Rüstungskartellen geahndet und die Ausübung von Gewalt in internationalen Angelegenheiten ausschließlich einem Kollektivorgan zur Aufrechterhaltung des Weltfriedens übertragen werden muß. Wir aber müssen ebenso abrücken, wie die anderen, zu Wasser und zu Lande.“

„Diese Gedanken eines Engländer über Krieg und Frieden in der Zukunft“ waren ein „Hohes Lied“ auf die „Völkerliga“, deren Projekt sich schon in der Taufe des lachhaften Wilton befand. Gardner hatte noch viele schöne Worte für den amerikanischen Friedensengel und Dollarpräsidenten; es wurde der moralische Bankrott der moralischen Kriegsziele, welcher die Staatsmänner der Entente charakterisierte, betont und unterschrieben, daß die Nationen aus Mangel an moralischer Führerschaft zugrunde gehen würden, wenn die Stimme Wissens in Europa kein Echo finden sollte.

Angelobt wurde auch Gren. Diesen hochdien Gentleman konnte man natürlich nicht unter die „bankrotten“ Entente-

Ausstellung: „Die russische Arbeitschule“ in Berlin



Modellier- und Aufnahmearbeiten kleiner Kinder

Die Jugend ist Träger der Zukunft



Die Jugendverbände des Kommunismus übernehmen das Patronat über einzelne Schiffe der Roten Flotte / Ein Jungpionier als Gast auf dem Patroullschiff „Karl Marx“ der Baltischen Flotte

männer milchen, ihn, der sie „nur mit unendlichem Schmerz zum Weltkrieg entzündeten“, die Nationen aber mit „feier Hand in diesen Krieg gehuft“ hatte und der nun — so wünschte es Gardner — die Menschen in einem dauernden Frieden zu führen hatte.

Die Völkerliga ist inzwischen ins Leben gerufen — in Gestalt sie einen prächtigen Palast (vgl. „Sprecher und Tretmühle“), wo sich angehende Friedensexperten müde reden werden, damit die Welt es nicht merkt, wie die Weltbourgeoisie ihre Handlanger hinzubekommt, um neue Mordfelder „auszutesten“, wo sich das große Morden, ein neuer Äußerer Weltkrieg, unter entsprechender „vorbereiteter“ Benennungsfreiheit, wie auf einem Scheibentisch abspielen soll.

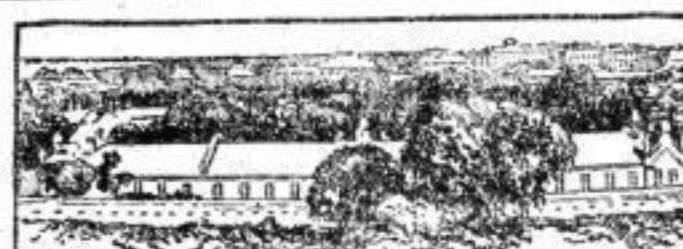
Die Völkerliga hat ihren „Führer“, den „langen August“ aus dem englischen Außenministerium, dem das Kriegsministerium Chamberlain-Draconis seit Kindesbeinen tief im Blute hat. Er ist ein wahres „Mädchen für alles“: Kampfmann und Drachenzähler in einer Revue, Chef der europäischen Hegentanzmeister in China, „Niedriger Holländer“, wenn er während seiner Hen- und Umkleideratour durch ganz Europa rast, um im Auftrag der Londoner Ein in in die Sowjetunion eine Atmosphäre des Misstrauens und der Feindseligkeit zu schaffen.

Ein weiterer „August“ der Oberpolitik sind Dokumenten-Vjabinder Hids, ist immer ihr, wenn Dokumente geschildert und Säzes ausgebrochen werden müssen, um Britanniens Ehre zu schützen. Es gibt in Europa noch weitere „Spione“ jener großen Clique, die an der Verstärkung des wirtschaftlichen Chaos und der Anarchie in Europa arbeiten“, ein einziges Ziel im Auge haben: Umleitung, Erdrohung der Sowjetunion!

Dolch- und Knappelmörder, wie Mussolini, Hoffm. Pointe, Krieg, Villalobos, Voldmaras (vgl. ein gräßlicher Erzbischof in Kanzlerschaltung befindet sich in ihrer Mitte), sie haben es sich zur Aufgabe gemacht, einen Sargdeckel für die U.S.S.R. zu zimmern.

Dies ganze Vieze befindet sich heute im nebensten Himmel. Sie triumphiert: Es geht also bald los!

Die 2. Internationale trägt auch ihr Scherlein bei. Im großen Kriegsschauplatz spielt sie zum mindesten die zweite Geige. Ihre Führer siedeln sich bei Aufspielen des Totentanzes die Hände mits. Macdonald will, wie es einem christlichen Gottes-



Das Gebäude der russischen Botschaft in Peking

mann zufolge, die Hände in Unschuld wischen. Im Vorwärts gibt es gewisse Stampfer, die in diesen kriegsgezwungenen Tagen schamlose Worte aus dem Schatzkästchen „stampfen“ und freuden: „Ein ausgebrochener Krieg — heute nieber als morgen!“

Ein wahres Indianergeheue ist es. Unt die „gelbe Presse“ läuft der staunenden Welt die schönen Szenen auf:

Das Bolschewitenregime balanciert auf einer Nobelspitze! Kerenski (der „vielsach Geisteigte“), Höchstkommandierender a. D. führt in Bälde eine Millionenarmee gegen die U.S.S.R., er wird „Mütterchen Russland“ zurückerobern usw.

In dieses Nordgäßel werden bald neue Stimmen eintreffen — die Stimmen einer Gemeinde der Heiligen“. Die christliche Kirche hat noch das Wort zu einer Predigt gegen den Antichrist, der in Europa als „rotes Gespenst“ sein Wesen treibt.

Der heilige Stuhl St. Petri wird gewiß in Bälde sein Kreuzjugs-Manifest in die Welt hinaussenden:

„Wenn ihr hört von Kriegen und Kriegsgerüchten, erahret nicht, denn solches muß geschehen!“

Gott will es, daß Millionen auf den Schlachtfeldern fallen oder an Krüppeln geschossen werden, daß Millionen Frauen aller Völker ihre Männer, Millionen Kinder ihre Väter verlieren, damit die Ausbeuterande im Kriege ungeheure Vermögen sammeln kann...

Wir brauchen nur in der Literatur der diktatorischen Kriegsruhe von Anno 1914 nachzuholen — im Handumdrehen haben wir eine schöne Blütenlese (speziell deutscher Pfaffenweisheit) von Titaten „in Gottes Namen“:

„Die göttliche Welt brachte eine Eile auf“
„Wer nicht läuft, ist ein Schurke.“ „Bohr dem Feinde das Jagonet in die Rippen, das ist eure heilige Pflicht.“ „Hei, wie lautet das gute Schwert. Gott hat es in deine Hand gedrückt.“ „Ruh und ruh.“ „Im Namen des Herrn darfst du sie (heute sind es nicht einfach „Russen“, sondern die Kommunisten) zerhauen.“ „Gott sei Dank, daß der Krieg gekommen ist“ (der Vorwärts sagte heute: „Kommen wird“), besser heute als morgen).

Die heutige Welt wird heute noch gehässiger sein, weil es gegen einen „Weltfeind“ — die KP — gerichtet sein wird.

Das heutige Europa — ein Haupt voll Blut und Wunden

„Die lebenden und die noch ungeborenen Generationen in nahezu jedem Lande Europas, mit Ausnahme Russlands — und an das Doppelland verpfändet, welches Eigentümerin Millionen lebensfähiger Sklaven geworden ist“ (das berichtete schon 1925 ein amerikanisches Finanzblatt). Ein Trümmerhaus nach dem rohenden Blutbad, als die Völker sich gegenseitig auf Kommando und im Interesse brutaler Herrschafftsinstitute des Hochkapitals verhaftet und verschleppten. Als auf den Mordfeldern Blutströme flossen und Millionen von hungergepeinigten Proleten in leichenmodigen Gräben, auf blutgesprenkelten Sägholzräben durch Blitze zu Tode geworfen wurden. Ihre bleichenden Knochen zeigt man heute für Gold in Imitationslastern amerikanischen Touristen, dort wo sich endlose gelbe Hügelketten der Soldatengräber mit ganzen Wäldern von Knochen- und Leichensteinen dahinzichen, an die blutigste aller Menschenblödsatzerlett. Menschengedenken erinnert.

Die europäische Schädelstätte ist noch immer voll Leidenschafts, und schon wird von neuem die Brandpfeile entfacht, die mit ihrem Scheine neue Mordplatten, vom Ozeane bis zu den stillen Ozeanen, beleuchten soll.

Flackernde, elendgepeinigte Proleten, damit an die Opfer ohne Zahl, an die wirtschaftliche und soziale Not, die man über Europa heraufbeschworen will, indem man auch dem sozialen Krater eines neuen Weltbrandes immer näher rückt.

Vom Rote-Hilfe-Kongress in Berlin



Bulgarien Kinder, deren Väter und Mütter durch den weißen Terror erschossen oder vertrieben wurden, vor der Börse nach Moskau

Das Christliche Old England, das jetzt frende Väter — für Geld und gute Worte — die Kapitäne aus dem Feuer holen ließ, hat keine Wohl- und Herzarbeit auf den Höhepunkt getrieben.

Ruft den Mordbrennern ein donnerndes Halb! so, vor dem die Nordbuben und Menschenfresser erschittern müssen.

Es geht um eine Kugeln, die Bourgeoisie braucht wieder Anschauungskräfte aus Menschenköpfen. Tünger für ihre Zelte...

Sie will durch Umsiedlung der Sowjetunion ihre schwadronende Macht stabilisieren, durch einen grandiosen „Aero-Flute“ Reisen lassen, die quirligwollende Weste des Klassenspiels domänen, end märkte machen.

Wissenschaft und Technik bereiten, im Dienste der Zweiter, seit Jahren eine Machtentfaltung vor, wie sie die Welt nie erlebt.

Friedensschädelmeien sollen auch einzuladen, Wehrschwollen eure Hirne betäuben.

Gauler umtrüben euch mit ihrem Hotspotus und jagt der ganzen Welt Thronen von der „dolchgewichsten Welt“ ein.

Seid auf der Hut! Lässt euch nicht überrumpeln. Unter Lenin hat uns keins danach gewarnt, uns zugesetzt:

„Der Krieg wird unerwartet kommen, muß euch stets schlagfertig finden!“

Die Protektoren, die rote Kremltrot, wo unser großer Führer ruht, heilt der unerhüterliche Leuchtturm sein, der in eine kommende große Zeit hinanstecht, die alle Elendstüten der unterjochten Völker sprengen muß!

Sei uns in Beimatz gütig's ferne Panis.

Keß steht und wart die Wadt.

Wir bauen mit steiger Hand weiter. Unsere Jahrtauschte rauschen.

Unter Vater hatten wir trocken und unter Gewehrläufe sind blitzenkant.

Proletariat der ganzen Welt vereinigt euch! Vergelt es nie, welche Wunden uns die Bourgeoisie im großen Weltgemälde geöffneten:

20 Millionen Gefallene,

30 Millionen Verwundete,

viele Millionen Krüppel und

viele Millionen Witwen und Waiken.

Läßt euch nie auf eine neue Schlachtfeld setzten!

Schreit mit geballter, eiserner Faust die Nordbuben zurück!

Mussolinismus in England



Weibliche Faschisten bei ihrer Sonntagsdemonstration im Londoner Hyde-Park

FÜR DIE PROLETARISCHE FRAU

Frauenbeilage der „Arbeiterstimme“ vom 4. Juni 1927 / Nummer 129

Heraus zum Schutz der Arbeiterinnen!

Die soziale Reaktion marschiert.

Der Bürgerblock hat durch das Arbeitszeitnotgesetz den Arbeitstundenaspekt seierlich begradigt und während Millionen im Lehnstundenaspekt, in der Zwölfstundenarbeitszeit sich quälen, während die Arbeiterin — vor allem doppelt belastet durch Fabrik- und Haushaltarbeit — in überlanger Arbeitszeit fast zusammenbricht, stehen noch immer fast eine Million Arbeitslose hundernd vor den Fabriktoren.

Dazu sollen die lämmenden Bettelpennige der Unterstützung für die am niedrigsten Entlohnten durch das Arbeitslosenversicherungsgesetz zur Hölle gefürzt, für die Elendesten unter ihnen, die langfristig Arbeitslosen, ganz gekräut werden. Der Reichsarbeitsschutzausschuss verlangt die Aushebung der Krisenfürsorge — Streikung der Unterhaltung, also vor allem für die älteren Frauen, die keinen Platz mehr finden in der Produktion.

Die soziale Reaktion marschiert.

Aber schüttet nicht die Regierung die Arbeiterinnen, die Jugendlichen, die Kinder durch ihren Arbeitschutzgesetz-Entwurf? Gewiß. Sie „schüttet“ sie so aus, daß die Schuhstimmungen über die Kinderarbeit z. B. sogar noch weiter verschlechtert werden sind, so daß die Kinder fast völlig der Ausbeutung durch profi-süchtige Unternehmer preisgegeben werden.

Aber gewährt nicht der Gesetzeswurf über die Beschäftigung von Frauen vor und nach der Niederkunft den arbeitenden Müttern wenigstens einen gewissen Schutz?

Sehen wir zu:

Die heute schon unter den elendesten Bedingungen arbeiten müssen: Die Landarbeiterinnen, die Hausangestellten, die Beamten, sie sind von vornherein ausgeschlossen von jedem Schutz.

Sechs Wochen vor der Niederkunft soll die Schwangere die Arbeit einstellen dürfen —, aber der Lohn für diese Zeit wird ihr nicht gezahlt. Und weil sie von dem Krankengeld nicht sich und das Kleine ernähren, viel weniger noch die Ausgaben für das Neugeborene machen kann, so bleibt sie wie bisher bis zum letzten Tag an der Maschine. Täglich eine Stunde Stillzeit soll der Mutter zuerkannt werden — aber ohne daß ihr der Lohn erspart, ohne daß Stillstrippen geschaffen werden.

Vor 9 Monaten soll sie 12 Wochen geschützt sein —, aber es kann ihr gekündigt werden aus jedem anderen Grunde, außer dem der Schwangerschaft.

Das ist der „Schutz“ der Bürgerblöcke-Regierung für Mutter und Kind.

Und doch ist ein wichtiger Schutz heute nötiger denn je. Zunächst wächst die Zahl der arbeitenden Frauen. Der Lohn des Mannes reicht nicht mehr für die Familie, die Rente der Kriegsinvaliden nicht mehr für sich und ihre Kinder. Denn

Trubel und Kartelle treiben die Preise in die Höhe, die Schuhpolizei der Regierung hilft ihnen dabei. Der Mietwucher blüht und steigert die Wohnungsknot. So müssen die Frauen durch ihre Mitarbeit der schlimmsten Not heuren helfen.

Indessen wächst die Ausbeutung in den Betrieben: Lohn- und Nebenkostenzwang, maschiose Überarbeit am laufenden Band zerstören die Gesundheit der Arbeiterinnen und gefährden das kommende Geschlecht. Die Krankenstillzeiten steigen an, wie die Zahl der Unfälle und überall sind die Arbeiterinnen stärker davon betroffen, als ihre männlichen Kollegen.

Angesichts dieser liegenden Gesährdung der Arbeiterinnen, angesichts der fortsetzenden sozialen Reaktion, die am härtesten Mutter und Kind der Arbeiterklasse trifft, tritt der



Ausschuß Mutter und Kind erneut vor die Arbeiterschaft! Er ruft sie auf, in allen Städten Deutschlands, in allen Betrieben den Kampf gegen das völlig ungenügende Arbeiterschutzgesetz anzunehmen.

Wie die Reaktion mit gesammelter Kraft gegen die Arbeiterklasse verläuft —, so muß auch die Arbeiterklasse zur Abwehr ihre Kräfte zusammenziehen. Der Kommunistische Jugendverband und der Jungspartiaclub haben sich dem Ausschuß angeschlossen, vertreten sie doch die

Interessen der ausgebütteten Jungproletarier, der schuhlosen Arbeiterkinder.

Vom 15. bis 22. Mai fand die Internationale Kinderwoche statt. Sie war für die Arbeiterklasse ein Anlauf gegen Unternehmerprofiteuer und Reaktion sich einzumühen einzusehen für das Lebenrecht der Arbeiterkinder.

Eine Welle von Lohn- und Arbeitszeitbewegungen ist die Antwort auf den Unternehmerterror und die „Sozialgefäßigung“ des Bürgerblödes. Sie müssen der Arbeiterklasse ein Anlauf sein, die Forderungen der Arbeiterinnen mehr als bisher zu vertreten. Ist doch der beste Schutz für die Arbeiterinnen: höherer Lohn und längere Arbeitszeit.

Es gilt in allen Betrieben Sichtung zu nehmen zu dem Gesetzenwurf zum Schutz vor und nach der Niederkunft, überall die Forderung nach ausreichendem Schutz der schwangeren Arbeiterinnen zu erheben, vor allem von den Gewerkschaften die Aufnahme des Kampfes für die Interessen der Arbeiterinnen zu fordern.

Arbeiter und Arbeiterinnen!

Heraus zum Schutz für Mutter und Kind!

Reichsausschuß Mutter und Kind:

Kommunistische Partei.

Internationale Arbeiterhilfe.

Internationaler Bund (Kriegerhinterbliebene).

Roter Frauen- und Mädelbund.

Kommunistischer Jugendverband.

Jungspartiaclub.

Arbeitskampfverband.

Zur Qual — der Hohn

Während die Maschinen rücksichtlos rauschen, während die Zahl der Spindeln und Webstühle steigt, die eine Arbeitnehmerin bedienen muß, während so die Arbeit täglich ausbreitender und qualvoller wird, vor allem für die schwangeren Frauen — da erklären die Textilindustrie in aller Offenheit: Die Arbeit in der Textilindustrie ist „leidet“, ist „qualt“.

Auch Schwangere können die Arbeit in der Textilindustrie ohne Schaden oder Behinderung verrichten und bei genügender eigener Rücksichtnahme auf ihren Zustand bis kurz vor der Niederkunft fortsetzen. Die mit der Arbeit in der Textilindustrie verbundene Bewegung ist von Vorteil für einen glatten Verlauf der Geburt, weshalb die möglichst lange Fortsetzung der gewohnten Arbeit sich empfiehlt.

Es besteht in Deutschland bereits ein völlig ausreichender gesetzlicher Schwangerenschutz.

Diefer „ausreichende Schutz“ steht so aus:

Das Wochengehalt beträgt bei einem Lohn von 20 M.

10 bis 12 Mark.

Davon sollen Mutter und Kind ernährt und die Anschaffungen für den Säugling gewahrt werden.

Da ist es kein Wunder, wenn von allen schwangeren Textilarbeiterinnen nach der Denkschrift der Industriellen, fest 21,67 Prozent bis zur Niederkunft, und 50 Prozent bis zu fünf Tagen vor der Niederkunft arbeiten.

Aber keine Sorgen: „Ein Druck auf den Bauch einer schwangeren Frau hat auf die Frucht keinen nachteiligen Einfluß“, erklärt der von den Unternehmern gelehrte Dr. Martin.

Demgegenüber steht der Frauenarzt Dr. Hirsch fest:

„Diese Schädlichkeiten wirken auf die Muskulatur der hochschwangeren Gebärmutter erregend, so daß Wehen auftreten und eine Schwangerschaft herbeigeführt werden kann. Sie wirken aber zugleich in einem Sinne, daß sie die Gebärmuttermuskulatur erlahmen, so daß Wehen Schwäche in der Geburt und besonders nach der Geburt und lebensbedrohende Blutungen ausbreiten können.“

Daher auch die hohen Zahlen der Fehl- und Frühgeburten in der Textilindustrie.

Was tut nun der Textilarbeiterverband? Statt die Herausforderung der Unternehmer mit einer wichtigen Kampfansage zu beantworten, bittet Gaedel in seinem offenen Brief höchst um die Bildung einer partizipativen Kommission aus drei Arbeitern und drei Unternehmern. Diese Kommission soll die Wahrheit ermitteln.“

Die Arbeiterinnen aber wollen nicht Atem in Atem mit denselben Unternehmern, die sie verböhnen und bedrängen, die Wahrheit ermitteln — sie wollen im geschlossenen Kampf von ihren Ausbeutern und Blutsaugern erkämpfen, was ihnen heute noch verweigert wird.

Wie die Regierung uns „schüßt“ — und was wir fordern

Entwurf der Regierung:

§ 1. Gestaltungsberecht.

Das Gesetz gilt für die Beschäftigung der Frauen, die bei Konkurrenzunterwerfung unterliegen.

Nicht unter das Gesetz fällt die Beschäftigung

1. in Betrieben der Land- und Forstwirtschaft, der Viehzucht und der Fischerei, auch wenn es sich um Nebenbetriebe von Betrieben handelt, die unter das Gesetz fallen;

2. in Nebenbetrieben der unter § 1 angenommenen Betriebe, die ihrer Art nach unter das Gesetz fallen;

3. in der Handelswirtschaft, einschließlich der im Haushalt des Arbeitgebers geleisteten persönlichen Dienste.

Der Arbeitgeber kann Bestimmungen darüber erlassen, ob einzelne Arten von Betrieben oder Beschäftigungen unter Absatz 2 fallen oder nicht.

§ 2. Ausschluß der Arbeit.

Schwangere sind berechtigt, die ihnen aus dem Arbeitsvertrag obliegende Arbeitseistung zu verzögern, wenn sie durch ärztliches Zeugnis nachweisen, daß sie voranschließlich binnentreten.

Wöchnerinnen dürfen binnen sechs Wochen nach ihrer Niederkunft nicht beschäftigt werden. Während weiterer sechs Wochen sind sie berechtigt, die ihnen aus dem Arbeitsvertrag obliegende Arbeitseistung zu verzögern, wenn sie durch ärztliches Zeugnis nachweisen, daß sie wegen einer Krankheit, die eine Folge ihrer Schwangerschaft oder Niederkunft ist, behindert sind.

Der Arbeitgeber ist zur Gewährung des Entgelts für die Zeit, in der Arbeit nicht geleistet wird, nur verpflichtet, soweit dies ausdrücklich vereinbart ist.

§ 3. Stillpausen.

Stillende Frauen ist auf ihre Verlangen während sechs Monaten nach ihrer Niederkunft die zum Stillen erforderliche Zeit bis zu zweimal eine halbe Stunde oder einmal eine Stunde täglich von der Arbeit freizugeben. Eine Verpflichtung des Arbeitgebers zur Zahlung eines Entgelts wird hierdurch nicht berührt.

§ 4. Kündigungsverbot.

In einem Zeitraum von sechs Wochen vor bis sechs Wochen nach der Niederkunft ist eine Kündigung des Arbeitgebers unwirksam. Mit einer Frau bei Absatz dieser Frist wegen einer Krankheit, die nach ärztlichemzeugnis eine Folge ihrer Schwangerschaft oder Niederkunft ist, an der Arbeit verhindert, so verlängert sich die Frist um die Dauer der Verhinderung, längstens jedoch um weitere sechs Wochen.

Es ist einen Zeitpunkt gefordert, der in die am Absatz 1 bezeichnete Schrift fällt, so wird der Zeitpunkt der Beendigung des Arbeitsvertrages um die Dauer dieser Schrift hinausgeschoben.

Unterheit bleibt die Wirklichkeit von Kündigungen, die aus einem wichtigen, nicht mit der Schwangerschaft oder Niederkunft zusammenhängenden Grund erfolgen.

Die Vorlesungen der Absatz 1 und 2 finden keine Anwendung, falls der Arbeitsvertrag ausdrücklich zu einem bestimmten Zweck abgeschlossen und dieser Zweck an dem Zeitpunkt, für den die Kündigung erfolgt, erfüllt ist.

Unsere Forderungen.

I.

Ausdehnung des Mutter- und Kinderschutzes auf alle Arbeiterinnen und Angehörige mit Einschluß von Land-, Forst- und Handelswirtschaft.

II.
Verbot der Beschäftigung drei Monate vor und zwei Monate nach der Niederkunft.

Vor der Entbindung dürfen Schwangere im 5. und 6. Monat der Schwangerschaft nicht länger als vier Stunden täglich arbeiten.

Nach der Entbindung beträgt die Arbeitszeit für die Mutter bis zu einem Jahr nach der Niederkunft täglich sechs Stunden. Der Lohnausfall wird der Frau in der Zeit von Schwangerschaft und Wochenbett in Höhe des vollen Lohnes erstellt aus Reichszuschüssen an die Krankenkassen.

III.

Stillenden Müttern ist während der Arbeitszeit zweimal eine halbstündige Stillpause zu gewähren.

Auf Kosten der Unternehmer sind durch die Kommunen Stillstrippen zu schaffen, die unter Aufsicht der Gewerkschaften und Betriebsräten stehen, bei ausreichender Mitwirkung der Mütter.

Die Stillstrippen müssen möglichst in der Nähe der Großbetriebe liegen oder an diese angegliedert sein.

Für Stillpausen ist von dem Unternehmer der volle Lohn zu zahlen.

IV.

Verbot der Kündigung von Tage der Feststellung der Schwangerschaft an bis zum 12. Monat nach der Niederkunft.

In Schmerzen sollst du Kinder gebären

In der Schwangerenberatungsstelle in Chemnitz.

Schwangere Arbeiterin: Wird die Geburt glatt gehen, Herr Doktor?

Arzt: Das kann ich Ihnen nicht versprechen, Sie sind zu jung.

Arbeiterin: Aber meine Mutter war doch ganz gesund, hat sechs Kinder gehabt und alles leichte Geburten.

Arzt: Wo kommt Ihre Mutter her?

Arbeiterin: Aus Meissenburg.

Arzt: Das glaube ich. Als ich noch in Meissen praktizierte, sind mir wenige engen Beden von unter die Hände gekommen. Diese Bauernkinder sind noch ein gesunder Schlag.

Arbeiterin: Aber warum habe ich das gesunde Becken nicht geerbt?

Arzt: Das haben Sie geerbt, aber die englische Krankheit hat es Ihnen verdorben.

Arbeiterin: Englische Krankheit? Meine Mutter war trotz darauf, daß ihre Kinder keine englische Krankheit hatten, wie die meisten anderen Kinder die in Chemnitz. Wir haben alle zur rechten Zeit laufen gelernt und auch keine schwulen Beine gehabt.

Arzt: Wie alt waren Sie denn, als Sie in die Fabrik gingen?

Arbeiterin: Noch nicht ganz 14.

Arzt: Na ja, das alte Lied. Dann haben Sie eben eine Spätreife gehabt. (Die englische Krankheit der Entwicklungsjahre.) Warum waren denn Ihre Eltern so unvernün-

fig, Sie so früh in die Fabrik zu schicken? Jetzt haben Sie die Bescherung!

Arbeiterin: Erst sollte ich ja noch ein Jahr zu Hause bleiben, weil ich ein bisschen zart war —, aber dann war der Vater arbeitslos und ich als die älteste mußte mitverdienen.

Arzt: Seit Generationen wird hier der Körper der Frauen verhorben. Mit vierzehn Jahren rennt alles in die Textilfabrik, statt den heranzwachsenden Körper in frischer Luft bei einer vernünftigen Beschäftigung zu stärken. Wer noch ein einigermaßen gesundes Gebein mitbekommt hat und in der Kindheit glücklich an einer Raditis vorbeigerutscht ist, bekommt sie totsicher in den Entwicklungsjahren.

Arbeiterin: Dann müssen also Lauflinge und aber Lauflinge von Frauen in furchtbaren Qualen entbinden oder sogar sterben, nur weil sie in zu früher Jugend schwer gearbeitet und sich schlecht ernährt haben?

Arzt: Na wohl. Warum laufen auch die Frauen in die Fabrik, ihr Platz ist zu Hause bei Mann und Kindern. Darum gebe ich Ihnen den ersten Rat, wenn das Kleine bei Ihnen da ein Mädchen wird, hüten Sie es vor der Fabrik.

Arbeiterin: Das ist sehr gut gemeint, Herr Doktor — aber mein Platz ist uns. Nicht aus Verlangen laufen unsere Arbeitermädchen und Frauen in die Fabrik, sondern weil der niedrige Lohn oder die Arbeitslosenunterstützung nicht reicht für die Familie. Nicht daß wir vor der Maschine, vor der Fabrik weglaufen, kann uns von ihr erlösen, sondern nur, daß wir aus Städten zu Herren der Fabriken werden, in denen aller Reichtum erzeugt wird.

Vor meinem eigenen Schicksal kann ich mein Kind nur hüten, weil ich alle meine Kräfte einsetze für den Klassenkampf, für den Sieg des Sozialismus.

Um den Arbeiterinnenenschutz

Von Martha Arendsee

Die Beschäftigung von Frauen vor und nach der Niederkunft soll durch ein Gesetz neu geregelt werden. Die Regierung will damit ihr im vorigen Herbst gegebenes Versprechen einlösen, die deutsche Gesetzgebung den Vorschriften des Wohlfahrtsabkommen anzupassen. Nach den geltenden Vorschriften der Gewerbeordnung dürfen Arbeiterinnen vor und nach der Niederkunft im ganzen während 8 Wochen nicht beschäftigt werden. Ihr Niedereintritt ist an den Nachweis gefaßt, daß seit ihrer Niederkunft wenigstens sechs Wochen verflossen sind. Diese Bestimmungen gelten aber nur für gewerbliche Betriebe mit mehr als 10 Beschäftigten, also nicht für Angestellte, nicht für die Landarbeiterinnen und nicht für Hausangestellte. Eine Beschäftigung von Frauen sechs Wochen nach der Entbindung soll verboten sein, sechs Wochen vorher soll die Frau "berechtigt" sein, die Arbeit aufzugeben. Für diese Zeit und darüber hinaus für etwaige, mit Schwangerschaft und Niederkunft zusammenhängende Krankheiten ist ein Rundigungsschutz zu schaffen. Der Regierungsentwurf übernimmt diese Bestimmungen, hebt aber durch einen Nachschluß die Wirkung vollständig auf. Es heißt darin, daß die Wirklichkeit von Rundigungen unberücksichtigt bleibt, die aus einem anderen wichtigen, nicht mit der Schwangerschaft oder Niederkunft zusammenhängenden Grund erfolgen. Welcher Unternehmer wird solche Gründe nicht finden? Von einer Vergütung des Lohnausfalls in dieser Zeit ist keine Rede. Die Forderung des Wohlfahrtsabkommen, daß während dieser Zeit eine Unterstützung gezahlt werden muß, die Mutter und Kind in guten gesundheitlichen Verhältnissen erhält, glaubt die Regierung mit der Woche hilfe erfüllt zu haben.

Nach dem Regierungsentwurf soll stillenden Frauen auf ihr Berlangen während sechs Monaten nach ihrer Niederkunft die zum Stillen erforderliche Zeit bis zu zweimal einer halben oder einmal einer Stunde täglich von der Arbeit freigegeben werden. Es heißt dann ausdrücklich, daß eine Verpflichtung des Arbeitgebers zur Zahlung eines Entgelts hierdurch nicht berührt wird. Ein Rundigungsschutz besteht auch für diese Zeit nicht. Diese Bestimmungen haben praktisch überhaupt keine Bedeutung, wenn nicht gleichzeitig bindende Vorschriften über Errichtung von Stillstippen getroffen werden.

In Niederkunft sind den Betrieben mit weiblicher Belegschaft Säuglingsstippen angegliedert, wo die Säuglinge von geschulten Pflegerinnen überwacht werden, während die Mutter ihre Arbeit verrichtet. Hier kann die Mutter das Glück geniessen, dem Säugling die Muttermilch zu geben. Wo aber bestehen in Deutschland solche Einrichtungen? Wie soll die Mutter von ihrem "Recht" Gebrauch machen, ihr Kind zu stillen? Soll der Säugling an die Maschine, an das Fleischband gebracht werden, um da an die Mutterbrust gelegt zu werden?

Eine Ungeheuerlichkeit ist es, die Landarbeiterin von diesen Schutzbestimmungen auszuweichen. Gerade in letzter Zeit sind eine Reihe Fälle an die Öffentlichkeit gelangt, die

das Elend der schwangeren Landarbeiterin aufzeigen. So wird aus Ostpreußen am 10. Dezember 1926 gemeldet, daß in einem Dorfe Olschewo (Moskau) ein junges Mädchen auf dem Felde ein Kind gebaute und nochmals zehn Kilometer zu Fuß zum nächsten Dorf gehen mußte. Als man das Kind holte, war es bereits tot. Die Mutter wurde als Polizeigefangene nach dem Krankenhaus gebracht. Ein anderer Fall. Die Frau eines Landarbeiters im Kreise Ost. Deputant, Mutter von 4 Kindern, ist zur Arbeit beim Gutsherren verpflichtet. Am letzten Monat schwanger, weigerte sie sich, zu arbeiten, da sie Beschweden hat. Darauf wird dem Arbeiter das Deputat verweigert, bis die Frau wieder zur Arbeit kommt.

Die Großgrundbesitzer, die ihr trächtiges Vieh zu schücken wissen, kennen keine Rücksichtnahme auf die Landarbeiterin. Die Landkrankenhäuser schonen sich nicht, logar den Frauen die gesetzlichen Wohnheitsleistungen vorzuenthalten. Aber auch die Industriellen hören vor, um auch nur die geringste Verkürzung des Mutterschutzes zu verhindern. Der Arbeitgeberverband der Textilindustrie hat eine Broschüre herausgegeben, die als Kompliment gegen den gesetzlichen Mutterschutz gelten soll. Befannlich dat der DTB in den letzten Jahren eine Kampagne zum Schutz der schwangeren Textilarbeiterin geführt und Material über die schädlichen Einwirkungen der Berufsarbeits auf die schwangeren Arbeiterin der Textilindustrie veröffentlicht.

Der Arbeitgeberverband will nun nachweisen, daß im Gegensatz dazu die Arbeit in der Textilindustrie für Frauen besonders geeignet sei. Er behauptet logar, die Arbeiterinnen selbst wollten ihre Arbeit bis kurz vor der Niederkunft fortsetzen und bringt als Beweis eine Zusammenstellung, aus der sich ergibt, daß Textilarbeiterinnen arbeiteten:

bis zur Niederk. bis 1 Tag v. d. Nid.	bis 2 Tage v. d. Nid. zu
1913: 37,56 Proz.	4,93 Proz.
1914: 40,58 Proz.	6,55 Proz.
1924: 26,73 Proz.	13,74 Proz.
1925: 21,27 Proz.	16,49 Proz.
	5,11 Proz.
	42,87 Proz.

Die aller Menschlichkeit böhne sprechende Tatsache, daß von 35 576 erfaßten Arbeiterinnen noch immer 21,27 Prozent im Jahre 1925 bis zur letzten Stunde vor der Geburt, also mit Wohnung, am Bettstuhl sitzen müssen, um den Lohn nicht zu verlieren, zeigt der Unternehmer in einem Vorstoß gegen lebensverkürzende Schwangerenrechts aus. Selbst die Berichte der Gewerbeaufsichtsbeamten müssen zugeben, daß die Aussicht auf drohende Kurzarbeit oder Arbeitslosigkeit dazu beigebracht haben, daß bei den Schwangeren gesundheitliche Rücksichten den Erwagungen wirtschaftlicher Art gegenüber zurückgestellt werden.

Der Unternehmerverbund aber bringt weiter ein

Gutachten des befannen Professors Martin, Leiter der Rheinischen Provinzial-Hebammenlehranstalten, bei dem die Hauschwangeren bis zur letzten Stunde täglich acht Stunden Hausarbeit verrichten müssen, nur um ein Unternehmen vor der Entbindung zu haben. Dieser behauptet,

"Die Arbeitsleistungen der Textilarbeiterinnen sind nicht so hoch einzuschätzen wie die einer schwangeren Hausfrau. Ihre heilen Erleichterungen durch männliche Hülften sowie durch Austausch der Arbeitsstätte zur Verfügung der Haustür nicht. Das Bewußtsein der Hilfe erleichtert schon die Arbeit, das Bewußtsein des Gehens erschwert, verzerrt."

Gegenüber den Feststellungen des DTB und den gutmühligen Ausführungen von Dr. Hirsh über die schädlichen Rundigungsüberdauerungen bei Frauen mit liegender Beschäftigung, erlaubt doch dieser Mann der Wissenschaft folgende zynischen Bemerkungen:

"Jumöcht ist man geneigt, an die Menschen zu denken, welche bei feierlicher Feierlichkeiten, wie aus Woche gegangen sind. Ein derartiges ruhiges Verhalten habe ich in den Betrieben nicht gesehen. Da die Menschen beim Schlafen mit dem Kopf nach unten, so mühten auch alle diejenigen, welche nie und lange schlafen, unter derartigen Bluslauungen leiden."

Auch eine Reihe anderer Bemerkungen zeigt, wie hoch dieser Professor ganz in den Dienst der Profitinteressen des Unternehmens steht. Er kommt zu dem Schluss, die Forderung des DTB als unbedeckt zu betrachten.

Der Arbeitgeberverband stützt sich auf dieses Gutachten und knüpft daran folgende Schluffolgerungen:

"Auch Schwangere können die Arbeit in der Textilindustrie ohne Schaden der Belegschaften verrichten und der genügenden eigener Rücksichtnahme auf ihren Zustand bis kurz vor der Niederkunft fortsetzen. Die mit der Arbeit in der Textilindustrie verbundene Bewegung ist von Vorteil für einen glatten Verlauf der Geburt, weshalb eine möglichst lange Fortsetzung der gewohnten Arbeit ihm empfiehlt."

Auf diese Unverträglichkeiten kann es nur eine Antwort geben:

Mobilisierung der Arbeiterschaft zum Kampf um den Mutter- und Säuglingschutz

Der DTB aber lädt bei dieser Lebensfrage aber im Erwerbsleben stehenden Frauen die Unternehmer in einem offenen Brief ein, eine gemeinsame Kommission zu bilden, "um die Wahrheit zu ermitteln".

Mutter- und Säuglingschutz in der Sowjetunion



Unter Bild zeigt die Arbeiterinnen einer Textilfabrik von Stalindorfer beim Stillen ihrer Kinder in der Krippe der Fabrik. (In der Sowjetunion hat die stillende Mutter das Recht, alle drei Stunden ihre Arbeit zwecks Stillens des Kindes ohne Lohnabzug zu unterbrechen.)

Die Frauenerwerbsarbeit nimmt infolge der elenden Lebensverhältnisse immer mehr zu. Die Doppelbelastung durch Haus- und Berufsarbeits drückt die Proletarierin zu Boden. Bei den rationalisierten Arbeitsmethoden gibt es keine Rücksicht auf die Schwangeren. In der Denkschrift der Regierung über die gesundheitliche Lage des Volkes heißt es, daß die Sterblichkeit der Frauen im gebärfähigen Alter im Gegensatz zu der aller anderen Volksgruppen ihm nicht vermindert habe.

Die kommunistische Fraktion hat im Reichstag eine Entwicklung eingebracht, in der sie von der Regierung fordert, gemeinsam mit Gewerkschaften, Kranenkästen und Gewerbeaufsichtsamt Erhebungen über die Einwirkungen der Berufsoberkeit in Industrie und Landwirtschaft auf die Gebärbarkeit der Frau anzustellen.

Die Frage des Arbeiterinnenenschutzes steht auf der Tagesordnung. Der Vorstoß des Arbeitgeberverbandes der Textilindustrie bedeutet eine ungemeine Provokation des gesamten weiblichen Proletariats. Nebenbei in den Betrieben nehmen Gewerkschaften die Arbeitserinnerungen zu haben. Es gilt für alle Arbeiterinnen und weiblichen Angestellten in Industrie und Landwirtschaft einen umfassenden Schutz zu etablieren.

Hinein in die freien Gewerkschaften, Stärkung der Klassenfront des Proletariats!

Eine Bubikopf-Geschichte

Unter dieser Überschrift bringt die Nr. 32 des Textilarbeiters folgendes Zeitdokument:

"Und es geliebt nichts Neues unter der Sonne", so heißt es bei "Der Atiba", und doch ist etwas Neues gekommen, und zwar im Betrieb von Vandmann u. Hellwig in Schreiersgrün bei Treuen i. V. Ein frischgebackener Bubikopf hat dort einen Aufzug verurteilt und alles ins Wasser gebracht. Dagegen ist, beweist die am schwarzen Brett bei der Firma Vandmann u. Hellwig erschienene, an die Arbeiterschaft gerichtete Bekanntmachung, die wir nachstehend, damit sie der Nachwelt erhalten wird, zum Abdruck bringen:

Bekanntmachung!

„Trotz unserer Warnung hat sich eine unserer Arbeiterinnen einen Bubikopf schneiden lassen. Wie in den artigen Fällen, so war wohl auch hier der Wunsch des Arbeiters, der Gedanke, Sensation, also Aufsehen zu erregen. Das hat sich dann auch heute früh beim ehemaligen Geschäftsinhaber dieser Arbeiterin in unserer Fabrik gezeigt. Auf den Fall, daß sich die durch diese Arbeiterin in unserem Betrieb hineingetragene Unruhe nicht abschütteln legen sollte, behoffen wir uns vor dieser Arbeiterin zu schützen und die Rundigung auch gegen eine andere, ebenfalls Bubikopftragende Arbeiterin auszusprechen, deren Einstellung seinerzeit erfolgt ist, ohne daß wir Kenntnis von dem Vorhandensein des Bubikopfes hatten.“

Wir warnen hierdurch Arbeiterinnen auf das Eindringen! Wir werden von jetzt an jede Arbeiterin fristlos entlassen, die sich einen Bubikopf schneiden läßt. Wir wollen durch diese Maßnahme unsere Arbeiterinnen vor einem meist unverhüllten Schritt bewahren, den sie später bitter bereuen würden.“

Das Dokument, das von der Firma Vandmann u. Hellwig in Schreiersgrün angeklungen wurde, könnte auf den Gedanken bringen, daß der Ort im ostelbischen Hinterland liegt. Der Betriebsleiter dieses Unternehmens scheint von einer ganz besonderen Sorte moralisierender Dudnauer zu sein. Der Anblick eines Bubikopfes scheint sein „häßliches Empfinden“ angeregt und sein leidenschaftliches Gemüth außer Rand und Band gebracht zu haben. Wie leicht könnte er beim Anblick eines solchen Bubikopfes auf den ländlichen Gedanken kommen, vom Platz der Tugend abzuweichen. Jedenfalls aber will der Betriebsleiter Grünen, so heißt der Herr nach der Mitteilung des Textilarbeiters, der Verjährung wohnen. — Doch es soll schon vorgetragen sein, daß Rauchmäher bei Tage gestorben sind und manche Leute beim Anblick eines Mädchens auch ohne Bubikopf ihre „Sittenreinheit“ als widerliche Heuchelei heimlicher Lusttage entlarven.

Pferdedieb, Einbrecher, Mörder; zugleich auch Blatter und Bürgermeister.

Der Bauerabgeordnete Radocanu brachte in der Befreieter Kammer eine höchst interessante Interpellation ein. Er fragte den Innenminister, ob er Kenntnis davon habe, daß der Blatter und gleichzeitig Bürgermeister der Ortschaft Bogesti, Virgil Condreac, der Wahlmacher der Morescu-Regierung, wegen Raubes sowie Einbruchs und Verbrechens vorbestraft sei und den Bauern Spiru Popovici mit drei Revolverstichen töte, wofür aber keine Untersuchung gegen ihn eingeleitet wurde. Der Innenminister beantwortete die Interpellation nicht.

Berantwortlich für den Dresdner und Ostjachenteil: Bruno Goldammer, Dresden; für den gelämmten Inhalt: Rudolf Renner, Dresden; Druck: "Pevag", Druckerei Silesia Dresden

wir ihm eines Tages gemeinsam in einen Winkel lockten und kurz und klein schlugen. Oh, wir waren Wölfe, das könnt ihr mir glauben — genau wie die Geißelsalte in Wall Street.

Ja, er hatte seine Gründe, sich vor uns zu fürchten, und ich hatte die meinen, vor ihm bangen zu sein. Er war ein mächtiger Kerl und ein unwilliges Geißelkopf, ein früherer Außenseiter von der Chelapecafabrik, ein alter Straßling, der fünf Jahre im Sing-Sing gesessen hatte und ein blödes, gräßiges Biß war. Er pflegte Schlägen für die Spazier zu legen, die zwischen den Eisenstangen hindurch in untere Halle flogen. Ging er einen, so machte er, daß er damit in seine Zelle kam, wo ich gesessen habe, wie er sie verschlang, wobei er die Knochen zwischen den Zähnen zermaulte und die Federn auspustete. O nein, ich hätte mich wohl, zu den andern Vertrauensmännern aus der Schule zu plaudern! Dies ist das erste Mal, daß ich etwas von seinen leichten Dollar sage.

Aber ich verschaffte mir doch einen kleinen Verdienst durch ihn. Er war verliebt in eine Inhaftierte des Frauengefängnisses. Er konnte weder lesen noch schreiben, und so pflegte ich ihm Briefe vorzulegen und keine Antworten zu schreiben. Und ich ließ mich gut dafür bezahlen. Aber die Briefe waren auch schön! Ich legte mein ganzes Herz hinein, brauchte meine besten Schläger an und meinte noch, ich holt ihm sie zu gewinnen, obwohl ich eine geheime Ahnung habe, daß sie eigentlich nicht ihn, sondern in den demütigen Briefschreiber verliebt war. Und ich lag' es noch einmal; die Briefe waren großartig.

Eine andere unserer kleinen Nebeneinnahmen war das „Luntentocher“. Wir marmen die Himmelsboten, die den Kameraden in dieser unerträglichen Welt von Riegeln und Eisenstangen das Feuer brachten. Wenn die Gefangenen des Abends von der Arbeit kamen und in ihre Zellen gelappt wurden, so wollten sie gern rauchen. Dann schenken wir ihnen den himmlischen Funken, ließen von Zelle zu Zelle mit unseren glimmenden Luntenten die Galerien entlang. Die Gewichten oder die, mit denen wir Geißelte machen, hielten ihre eigenen Luntenten bereit. Aber nicht alle profitierten von dem himmlischen Funken. Wer so dummkopf war, daß er nichts dafür geben wollte, mußte ohne Feuer und Tabak in die Halle gehen. Das was ging das uns an? Wir hatten ihn in der Klemme und die auf, so haben wir ihm zu zweit oder dritt eine Portion hieben.

(Fortsetzung folgt)

Abenteurer des Schienenstranges

Von Jakob London

(21. Fortsetzung.)

Einstmal wöchentlich erhielten die Hofsarbeiter für fünf Cent Kautabak. Dieser Kautabak war die Landesmünze. Zwei bis drei Rationen Brot für ein Stück Kautabak — das war die Regel, und sie ließen sich auf das Geschäft ein, nicht weil sie sich weniger aus dem Tabak, sondern weil sie sich mehr aus dem Brot machten. Oh, ich weiß gut, daß es das selbe war, als wenn man einem kleinen Kind Bonbons stehlen wollte; aber was soll man dazu sagen? Man mußte doch leben. Und selbstverständlich muß man doch gewisse Vorteile davon haben, doch man im Besitz von Initiative und Unternehmungslust ist. Judem sahen wir ja nur, was Leute, die weit über uns standen, außerhalb der Gefängnismauern taten; Leute, die es in größerem Maßstab und respektablen Verkleidungen als Kaufleute, Bankiers und Industriellten ganz ebenso wie wir machten. Wie schrecklich sich übrigens das Dasein für die armen Teufel geformt hätte, wenn wir nicht geweiss waren, kann ich mir gar nicht vorstellen. Der Himmel weiß, daß wie im Erie-County-Zuchthaus Brot in Umlauf brachten. Und dabei mahnten wir zur Gemütsamkeit und Sparfamilie — natürlich die armen Teufel, die sich daran gewöhnen, ihren Tabak zu entbehren. Und schließlich unser Beispiel! In jedem Straßen erwarteten wir den Chieftain, unserem Beispiel zu folgen und sich selbst einen jungen Posten zu verschaffen. Ritter der Gesellschaft — wahnsinnig!

Da war ein Hungrier, der keinen Tabak hatte. Vielleicht ein Verchwender, der keine ganze Ration selbst verdorben hatte. Schön, aber er besaß ein Paar Hosenträger. Ich gab ihm ein halbes Dutzend Rationen Brot dafür. Nun trug ich zwar selbst nie Hosenträger, aber das mochte nichts. Um die Ecke wohnte ein Mann, der zehn Jahre wegen Totschlags abgesessen hatte. Er brauchte ein Paar Hosenträger. Ich konnte etwas Fleisch von ihm abgegen eintauschen, und Fleisch war etwas, was ich brauchte. Oder vielleicht hatte er einen zerlesenen Roman in Hefen. Das war ein wahrer Schatz. Ich konnte ihn selber lesen und dann wieder bei den Bäckern für

Kuchen oder bei den Köchen gegen Fleisch und Gemüse eintauschen, oder ich konnte von den Hosenträgern eine ordentliche Kanne Kaffee oder bei irgend jemandem eine der Zeitungen dafür erhalten, die hin und wieder ins Gefängnis kamen — der Himmel möchte wissen, wie. Köche, Bäcker und Hosenträger waren Gefangene wie ich, sie wohnten in unserer Halle in der ersten Zellentreihe über uns. Kurz es wurde ein umfangreicher Tauschhandel im Erie-County-Zuchthaus betrieben. Sogar bares Geld war im Umlauf. Es wurde hin und wieder von den Gefangenen eingezahlung, die nur kurze Zeit zu führen dachten, ein Teil kaum aus der Barberistube, wo die Neuen ihren Zoll entrichten mußten, weitauß das meiste aber brachten die Gefangenen, die lange Strafen hatten, obwohl ich keine Ahnung habe, wie sie dazu kamen.

Der erste Vertrauensmann sollte durch seine Stellung zu Wohlstand gekommen sein. Außer seinen verschiedenen anderen „Gantics“ bezog er auch von uns keine Sponteln. Wir nutzten das allgemeine Elend aus, und der erste Vertrauensmann war unter Hauptmann. Wir hatten unsere Nebeneinnahmen durch kleine Gnade und mußten für die Konzession bezahlen. Wie gesagt, er sollte wohlhabend sein, aber wir hatten nie sein Geld gesehen, und er wohnte in einer Zelle für sich, in einfacher Majestät.

Doch man aber Geld im Gefängnis verdienen konnte, das hatte ich bald heraus, denn ich war eine Zeitlang Zellennamerad des dritten Vertrauensmannes, und er bezahlte rund sechzehn Dollar. Er pflegte sein Geld jeden Abend nach neun zu zählen, wenn wir eingeklossen worden waren. Er erzählte mir auch jeden Abend, was er mit mir machen wollte, wenn ich zu den anderen Vertrauensmännern aus der Schule plauderte. Er war bang, bestohlen zu werden, und ihm drohte tatsächlich von mehreren Seiten Gefahr. Erstens von den Gefangniswärtern. Ein paar von ihnen kamen zusammen über ihn herfallen und ihn unter dem Vorwand, daß er aufmüppig geworden wäre, eine tüchtige Tracht Prügel verschenken. Dann konnten sie ihn in die Dunkelzelle werfen, und bei der Gelegenheit wären seine sechzehn Dollar verlustig. Ferner konnte der erste Vertrauensmann ihm die ganze Summe durch die Tötung abziehen, ihn zu verabschieden und zu der schweren Arbeit im Gefängniszofe zurückzuführen. Und dann wären schließlich noch wie zehn gewöhnlichen Vertrauensmänner da. Wenn wir etwas von jedem Reichtum wetteten, so bestand die große Möglichkeit, daß

GRÜNE WIESE
Die beliebten
Balltage
Donnerstags: Herren 80, Damen 60,-
Sonntags:
Tanzmarken — Tanzbändchen

Nähmaschinen

Schuhmacher-, Sattler-, Schneider-Maschinen
verkauft gegen

3-M.-Wochenraten auch ohne Anzahlung

Offeren unter A. 110 a. d. Exp. d. Blattes

Kein Ladenpreis!
Fahrräder / Boreltungen / Belastungen
Nähmaschinen / Sprechapparate / Schall-
platten / Schreibmaschinen / Motorräder mit
Zwei- u. Vieraktmotoren kaufen Sie am billigsten bei

Erwin Müller, Heidenau
Pirnaer Straße 17

Reparaturen werden in erster Fachwerkstatt ausgeführt

Ein jeder

Geschäftsinhaber, der
seinen Kundenkreis
erweitern will,

Inseriert

in der Zeitung der werk-
tätigen Bevölkerung
Ostsachsens,

in der Arbeiterstimme

Preiswerter Pfingst-Verkauf

Strumpfhalter-Gürtel von 75,- an
Brushhalter 75,- 95,- 125,- usw.
Hüftformer von 2,50,- an
Leibbinden, ärztlich empfohlen

Hedwig Böhme
Freital, Untere Dresdner Str. 69

CAPITOL

Freitals größtes Lichtspielhaus

*
Nur noch bis 1. Feiertag

Der mit großer Begeisterung
aufgenommene Operettenfilm:

Der Zigeunerbaron

Frei für Jugendliche!

Ab 2. Feiertag:

Der große amerikanische Marinofilm:

Die letzte Schlacht des Kapitän Frank

6 Akte aus dem Leben der
amerikanischen Kriegsflotte

Außerdem:

Das lustige u. sensationelle Beiprogramm

Beginn der Vorstellungen an beiden

Feiertagen: 4., 5., 7., 9. Uhr

Gasthof „Seiterer Bild“

Cunnersdorf bei Pirna

Am 1. Pfingstfeiertag, früh 1/2 Uhr

Großes Frühkonzert

ausgeführt von einer 20 Mann starken Künstler-
kapelle, unter Mitwirkung des Konzertmeisters Erich
Kilger, Dresden (Violine)

Ab 3 Uhr: Einweihung der Tanzbälle

Morgenkonzert

ausgeführt vom Volkschor „Echo“, Pirna
Leitung: Hochschullehrer Theobald Werner, Dresden
Männerchöre, Frauenchöre, gemischte Chöre

An beiden Abenden vornehmer Ball

Es laden ergebnis ein A. Haider u. Frau

Städtisches Bestattungs-Amt Neues Rathaus

Eingang an der Kreuzkirche 5. Berufste Sammelnummer 23286

oder Nr. 11136, 17339 und 17922

Sargmusterlager: Kleine Zwingerstraße 8 — Beruf 20082

Leinenmustergäste: An der Kreuzkirche 5

Gehaltskosten bei Beerdigung Feuerbestattung

Klasse 1 etwa 400 Mark 375 Mark

Klasse 2 etwa 240 Mark 210 Mark

Klasse 3 etwa 155 Mark 140 Mark

Überführungen von und nach auswärts mittels Kraftwagen. Überführungen
nach der Feuerbestattungs-Anstalt innerhalb des Stadtgebietes dürfen nur durch
das Städ. Bestattungsamt erfolgen.

Annahme von Spurenlagen — Vermittelung von Versicherungen — Aus-
künfte, Tarife, Anschläge kostenlos.

Achtung! Achtung! Gasthof Birkigt

1. Pfingstfeiertag

Großes Garten- Früh-Konzert

Ausgeführt vom Eltern-
bund für Knabenmusik
30 Mann starkes Orchester

1. und 2. Feiertag, 3 Uhr nachm.

Großes Garten- Frei-Konzert

Anschließend großer Festball
auf dem herrlich gelegenen
Freiluft-Tanz-Plan
und im Saal

„Sächs. Wolf“, Freital

1. und 2. Feiertag: Garten-Freikonzert

Großer Saal: Feiner Festball

Kleinkunstbühne: Groß. Festprogramm

Frohes Fest wünschend
Valentin Wolf und Frau

„BG“ Ballsäle Coßmannsdorf

Am 1. Feiertag von früh 10 Uhr:

Gesangs-Konzert

ausgeführt vom Volkchor Coßmannsdorf

Ab 2 Uhr:

Garten-Frei-Konzert

Am 2. Feiertag 2 Uhr:

Garten-Frei-Konzert

An beiden Festtagen nach dem Konzert

BALL

auf der Marmortanz-Diele und im Saal

Restaurant Glücksrat Brand-Erbisdorf

An beiden Feiertagen wie auch
zum Frühstück im schattigen
Garten Jazz- und Schramm-
mel music. Bei ungünstiger
Witterung in den Gasträumen.

Eintritt frei

ff. Speisen — Gutgepflegte Biere

Um gütigen Zuspruch bitten

Ernst Baldau und Frau

M. Knobloch

Zigaretten Zigarren Tabak — Cognacgeschäft

Grettal-Burg

en gros am Durchgang en detail

Jäpelts Restaurant

Heim der Arbeiter-Sportler

Hermann Jäpel u. Frau, Pirna

Alfred Goldberg, Niederoderwitz

Brot-, Weiß- und Feinbäckerei

Täglich frische Semmeln und Kaffeekäsek

Allerfeinsten
Tafelbüttner
List zu verkauen
Überall zu haben

ODERHEI
GES.GESCH. MARKE

Ondorg
Drüng
Lüttner-Zingots
RUF:
25741, 21777, 21736, 22736.